



AUSGABE 3 · 37. JAHRGANG · 14. WAHLPERIODE · 15.02.2006

### Gartenschau

S. 7

Längst sind sie keine bunten „Blümchenschauen“ mehr, die Landesgartenschauen, die jetzt wieder alle drei Jahre in NRW organisiert werden. Sie haben sich zu Instrumenten der gezielten Stadtentwicklung gemauert.

### Güterverkehr

S. 8

Das Land braucht eine schnelle Verbindung zu den Nordseehäfen. Früher lief der Gütertransport von Antwerpen über den „Eisernen Rhein“. Der soll reaktiviert werden.



### Ruhrgebiet

S. 13

Auch im kommenden Abschnitt der EU-Regionalförderung ab 2007 soll der Schwerpunkt weiter im Ruhrgebiet liegen. Das fordert die SPD in einem Antrag. Dazu eine Expertenanhörung im Hauptausschuss.

### Sparkassen

S. 17

Sollen die Sparkassen weiter öffentliche Kreditinstitute bleiben und vor Ort den Privatkunden und dem Mittelstand beistehen? Oder sollen sie ganz „normale“ Banken werden? Überlegungen im Finanzausschuss.

In diesem Jahr wird das Land 60 Jahre alt. Es ist, wie manchmal gesagt wird, ein „Bindestrich-Land“. Die britische Besatzung legte den nördlichen Teil der preußischen Rheinprovinz mit Westfalen zusammen, später schloss sich Lippe an. Daraus wurde Nordrhein-Westfalen. Das Ganze nannten die Briten „Operation Marriage“ – war das etwa eine Zwangsheirat? Wie es nach sechs Jahrzehnten aussieht wohl kaum. Natürlich gab es wie in jeder Beziehung Höhen und Tiefen. Eine dieser Tiefen wird in der Rückschau näher beleuchtet: Das Murren der Westfalen über die Bevorzugung der Rheinländer. Wie heißt es jetzt, zu Beginn der 5. Jahreszeit, so schön: Humor ist, wenn... (Seiten 10 bis 12).

Foto: Schälte

## Trauer um Johannes Rau

Die Nachricht vom Tod des langjährigen Mitglieds des Landtags, nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten und früheren Bundespräsidenten Johannes Rau hat tiefe Trauer ausgelöst. Der Landtag würdigte in einer Gedenkveranstaltung Leben und Wirken des gebürtigen Wuppertalers, der die meisten Stationen seiner politischen Laufbahn in NRW verbracht hat. Landtagspräsidentin Regina van Dinter sagte vor den Abgeordneten, die sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen erhoben hatten: „Die Spuren, die er hinterlassen hat, sind tief und unübersehbar“ (Seite 3).



# Inhalt

<b>Inhalt/Editorial</b>	<b>2</b>
<b>Gebet und Gedenken</b>	<b>3</b>
<i>Landtag hat von Johannes Rau Abschied genommen</i>	
<b>Dialog mit Moslems verbessern</b>	<b>4</b>
<i>NRW will bis 2010 islamische Religion als Schulfach einführen</i>	
SPD will regionale Partnerschaft mit der Türkei	4
<b>„Wieder Schwung in der Bude“</b>	<b>5</b>
<i>Landtag diskutiert Regierungserklärung zur Innovationspolitik</i>	
<b>Die Zukunft der Landesbetriebe</b>	<b>6</b>
<i>Aktuelle Stunde zu den Privatisierungsplänen der Landesregierung</i>	
<b>Knappe Frist zur Bewerbung</b>	<b>7</b>
<i>NRW setzt die Tradition seiner erfolgreichen Landesgartenschauen fort</i>	
<b>Viel im Fluss beim Eisernen Rhein</b>	<b>8</b>
<i>Streit um eine leistungsfähige Güterverbindung nach Antwerpen</i>	
<b>Vom Lokalfürsten zum Sonnenkönig?</b>	<b>9</b>
<i>Landtag diskutiert über Reform der Gemeindeordnung in NRW</i>	
<b>Was sich neckt, das liebt sich?</b>	<b>10 – 11</b>
<i>Abgeordnete aus Rheinland und Westfalen geben sich versöhnlich</i>	
<b>Die verbindende Kraft des Karnevals</b>	<b>12</b>
<i>Närrinnen und Narren aus dem ganzen Land zu Gast im Landtag</i>	
<b>Neuausrichtung weckt Erwartung</b>	<b>13</b>
<i>SPD: Nach wie vor müssen die EU-Mittel bevorzugt ins Revier fließen</i>	
<b>Detailfragen – nicht so ganz ohne</b>	<b>14</b>
<i>Experten diskutierten Hochschulfinanzierung im Wissenschaftsausschuss</i>	
<b>Frage nach dem Wohl der Kinder</b>	<b>15</b>
<i>Experten plädieren für Qualität bei der Betreuung der Kleinsten</i>	
<b>Aktuelles aus den Ausschüssen</b>	<b>16</b>
<b>Widerstand gegen Privatisierungspläne</b>	<b>17</b>
<i>Sachverständige debattieren über Zukunft des öffentlichen Banksektors</i>	
<b>Aus den Fraktionen</b>	<b>18</b>
<b>Porträt der Woche: Johannes Remmel (GRÜNE)</b>	<b>19</b>
Spiegel der Parlamentsarbeit	19
Impressum	19
<b>Geburtstage und Personalien</b>	<b>20</b>

## Vom Ernst des Karnevals

Die Lage ist ernst, sie war immer ernst. Landespolitik ist eine seriöse Sache und verträgt keinen Humor. Wirklich? Vor kurzem meinte Vizepräsident Vesper im hehren Hauptausschuss zur Regierungsfraktion, „Sie hauen Hühnern die Füße platt und versuchen sie als Enten zu verkaufen“. Gelächter.

Es gibt die eine oder andere witzige kleine Anfrage, etwa wenn ein Abgeordneter wie der CDU-Abgeordnete Brinkmeier in der letzten Wahlperiode mit Datum vom 12.11. (verdächtig!) wissen will, ob das Land daran verdient, wenn man vor den Baum fährt. Oder der ostwestfälische Abgeordnete, der ein paar Jahre vorher Mitte Februar (ebenfalls verdächtig!) die Landesregierung mit der Nase auf das Thema Überdüngung der Bahndämme stieß, weil die Bahn sich nicht an die Düngeverordnung des Landes halte.

### LÄCHELN IN DER POLITIK

Humor hat also Konjunktur. Der Karneval herrscht im Land. Die Jecken stürmen die Rathäuser, die Möhnen schneiden den Männern die Krawatten ab. Die Funkenmariechen fliegen durch die Luft. Im Landtag, wo sonst Reden geschwungen werden, schwingen die Närrinnen und Narren die Pritsche. Prinz Karneval, die Macht am Rhein.

Die Machtverhältnisse kehren sich um – für drei tolle Tage. Aber dann muss es auch gut sein. Die alte Ordnung kehrt zurück. Alle wissen, „am Aschermittwoch ist alles vorbei“ – nicht nur die Liebelei auf dem Tanzparkett, sondern auch die losen Reden, die den Stachel wider die Obrigkeit locken. Und das Lustigmachen über die Rituale der Mächtigen.

Also zurück zur Tagesordnung und Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung zurück in die Schublade, die erst in einem Jahr wieder geöffnet wird? Traurig, wenn es wirklich so wäre. Es gibt auch im Parlamentsalltag immer wieder Vorfälle, die – ob gewollt oder ungewollt – ein Lächeln in die Gesichter der Menschen zaubern. Das sind – zugegeben – seltene, aber unentbehrliche Momente.

So wünscht man sich Politik – ernst aber nicht humorlos. Irgendwann muss es gut sein mit Niederringen des politischen Gegners und Wichtignehmen des eigenen Standpunkts. Auch andere haben ihre Überzeugungen und das Recht, sie zu vertreten. Wer heute oben ist, muss es morgen nicht mehr sein. Menschliches Maß, das will uns der Karneval lehren. Darum sehen wir ihn gern im Hohen Hause. Wenn er wieder weicht, vermissen wir ihn. **JK**

# Gebet und Gedenken

## Landtag hat von Johannes Rau Abschied genommen

*In einer beeindruckenden Gedenkveranstaltung hat der Landtag Nordrhein-Westfalen von Johannes Rau Abschied genommen. Der langjährige Abgeordnete des Landtags, Ministerpräsident des Landes und frühere Bundespräsident war am 27. Januar im Alter von 75 Jahren in Berlin verstorben.*

Wir trauern in ganz Deutschland und insbesondere in Nordrhein-Westfalen, dem Land, das Johannes Rau wie kein Zweiter geprägt hat“, sagte zu Beginn der Plenarsitzung am 1. Februar Landtagspräsidentin Regina von Dinther. Rau sei über 40 Jahre Mitglied des Landtags gewesen und damit dienstältester Landtagsabgeordneter überhaupt – „ein Parlamentarier par excellence“. Über Jahrzehnte habe er die Debattenkultur im Hause maßgeblich bestimmt. Egal, welches Amt er bekleidet habe, Rau sei ein wirklicher Kollege gewesen, „der alle Abgeordneten mit Namen kannte und von jedem auch Persönliches wusste. Das hat mich immer sehr beeindruckt“.

Sie blickte zurück: „Sein Talent und sein politisches Potenzial hatte seine SPD-Fraktion früh erkannt. Schon nach kurzer Zugehörigkeit zum Parlament wählte sie ihn mit gerade 36 Jahren zu ihrem Vorsitzenden.“ Gefolgt sei der Eintritt ins Kabinett Kühn als Minister für Wissenschaft und Forschung. 1978 sei er vom Landtag zum Ministerpräsidenten des Landes gewählt worden.

„In diesem Amt wuchs er immer stärker in die Rolle eines Landesvaters, dem die Anliegen des Menschen im Rheinland, in Westfalen und in Lippe nah waren und die ihm deshalb vertrauten. Zwei Jahrzehnte regierte Johannes Rau dieses Land. Die Spuren, die er hinterlassen hat, sind tief und unübersehbar.“ Hier nannte die Landtagspräsidentin sei-

nen Willen, die Bildung für breite Schichten durch neue Hochschulen zu ermöglichen, den Strukturwandel an Rhein und Ruhr ohne soziale Verwerfungen zu bewältigen und ein Wir-Gefühl zu schaffen, das den Zusammenhalt der Gesellschaft gewährleistete.

„Gemäß seinem Motto ‚Versöhnen statt Spalten‘ führte er die Menschen zusammen, auch die anderer Herkunft und unterschiedlichen Glaubens. Diese persönliche Integrationsleistung ist nicht hoch genug zu bewerten. Er ist ein Vorbild für Toleranz und Menschlichkeit“, würdigte die Präsidentin den Verstorbenen und wandte sich nach Worten über sein Wirken als Bundespräsident der Kraft zu, aus der er geschöpft habe: „Johannes Rau gehörte zu den Menschen, für die der Glaube das Fundament ihres politischen Handelns ist.“ Er sei ein zutiefst ökumenisch eingestellter evangelischer Christ gewesen. Seine Bibelfestigkeit war sein besonderes Markenzeichen. „Selbst in heftigster Debatte verletzte er niemals. Er verstand es mit Humor und feinsinniger Ironie, Parteifreunde wie die politische Gegenseite einzubinden.“

Die Präsidentin schloss mit den Sätzen: „Johannes Rau hätte noch gerne gelebt. Er wollte noch Bücher schreiben. Er wollte seine Kinder auf ihrem weiteren Weg ins Leben begleiten.“ Er sei friedlich Zuhause gestorben, umsorgt von seiner Familie. „Er ist gestorben im tiefen Glauben an die Auferstehung und an das Leben nach dem Tode. So empfehlen wird ihn Gottes Ewigkeit, und so ist er uns auch weiter nah.“ Dann erhoben sich Abgeordnete und Zuhörer zu einer Schweigeminute zu Ehren des Verstorbenen.

Zu Beginn hatte der Präses der evangelischen Kirche im Rheinland, Nikolaus Schneider, in einem Gebet gesagt: „Du, unser Gott, wir bitten Dich: Lass ihn nun schauen, was er geglaubt hat, halte ihn mit Deiner Hand und führe ihn zum ewigen Leben. Hilf uns, sein Andenken zu bewahren über alle Grenzen hinweg. Und schenke uns die Kraft und Zuversicht, die Welt und das Leben so zu gestalten, dass Menschen in gerechtem Frieden leben können. Amen.“



Landtagspräsidentin Regina von Dinther bei ihrer Würdigung des „Landesvaters“ Johannes Rau.  
Fotos: Schälte



Abgeordnete tragen sich vor dem Plenarsaal in das Kondolenzbuch ein.

## Dialog mit Moslems verbessern

### NRW will bis 2010 islamische Religion als Schulfach einführen

*Mit der Zustimmung aller vier Fraktionen hat der Landtag jetzt der Einsetzung einer parlamentarischen Arbeitsgruppe zugestimmt, die unter anderem islamische Religion als reguläres Unterrichtsfach an nordrhein-westfälischen Schulen einführen möchte.*

Michael Solf (CDU) fasste das zentrale Ziel der Arbeitsgruppe zusammen: Es gehe darum, Kriterien für die Einrichtung einer repräsentativen und demokratisch legitimierten Vertretung der in NRW lebenden Moslems zu entwickeln. Am Ende des Weges solle „eine Art Transmissionsriemen“ stehen, „der uns die religiösen Anliegen der Muslime klarer erkennen lässt, der es uns aber auch ermöglicht, Verständnis zu finden, wenn wir einmal anderer Meinung sind“.

Britta Altenkamp (SPD) betonte, dass mit der Einrichtung der Arbeitsgruppe nicht nur Herausforderungen für das Parlament, sondern auch Erwartungen an die muslimischen Verbände und Gruppen verbunden seien: „Vor

allem geht es darum, dass die Vertreter Offenheit zeigen – Offenheit dahingehend, dass alle an dem Dialog teilnehmen und dass man auch ertragen muss, dass ein anderer mit einer anderen Position am Tisch sitzt.“

Monika Düker (GRÜNE) bezeichnete Integrationspolitik nur dann als erfolgreich, „wenn neben der sozialen und sprachlichen auch eine religiöse Integration stattfindet“. Bemühungen habe es viele gegeben. Bislang sei es jedoch nicht gelungen, die „Verschiedenheit und Zersplitterung der muslimischen Verbände unter einem Dach zusammen zu bringen, um damit einen Ansprechpartner als Interessenvertreter möglichst vieler Muslime in NRW zu haben“.

Christian Lindner (FDP) zeigte sich erfreut über die interfraktionelle Verständigung. Damit setze NRW ein „deutliches Signal der Akzeptanz“, das auch den muslimischen Bevölkerungsteil verstärkt motivieren solle, Integrationsangebote anzunehmen. Es sei aus integrationspolitischer Sicht unabdingbar, den islamischen Religionsunterricht aus den „Hinterhöfen der Koranschulen“ herauszuholen und ins Angebot der öffentlichen Schulen aufzunehmen.

Integrationsminister Armin Laschet (CDU) forderte die muslimischen Interessenverbände auf, sich zeitnah auf eine gemeinsame Vertretung zu einigen. „Wir warten nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag.“ Bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode plane die Landesregierung den islamischen Religionsunterricht als reguläres Schulfach in NRW einzuführen. Dabei sollten die gleichen Regeln wie für den christlichen Religionsunterricht gelten: „Unter deutsche Schulaufsicht setzen, in deutscher Sprache und von in Deutschland ausgebildeten Lehrern.“

## SPD will regionale Partnerschaft mit der Türkei

### Koalition stimmt grundsätzlich zu, warnt aber vor „Schnellschüssen“

*Die Kontakte zwischen NRW und der Türkei sind vielfältig: 13 Städtepartnerschaften, 16 Kooperationen im Hochschul- und Wissenschaftsbereich, 35 Schulpartnerschaften sowie eine türkisch-deutsche Industrie- und Handelskammer sprechen für sich. Nach dem Willen der SPD soll dieses Kooperationsgeflecht durch eine regionale Partnerschaft erweitert werden. Hierzu soll die Landesregierung bis zum Herbst ein Konzept erarbeiten. Die weitere Beratung erfolgt im Hauptausschuss.*

Markus Töns (SPD) warb für den Antrag seiner Fraktion: Eine stabile regionale Partnerschaft mit der Türkei eröffne Chancen für die Integration von Migrantinnen und Migranten, „aber viel mehr noch für die wirtschaftliche Entwicklung beider Länder“. Aus seiner Sicht eigne sich insbesondere eine Kooperation mit der ägäischen Region.

Ilka Keller (CDU) warnte vor Schnellschüssen: „Wir sind dafür, zunächst einmal die Zusammenarbeit mit der Türkei im wissenschaftlichen Bereich, im kulturellen Bereich und in der schulischen Partnerschaft auszubauen.“ Der Aufbau zusätzlicher regionaler Partnerschaften gehöre aus Sicht der CDU nicht zum „prioritären Handlungsfeld“.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE) hoffte, die Idee einer regionalen Partnerschaft mit der Türkei „vorurteilsfrei“ erörtern zu können. „Wir müssen lernen, dass die Türkei in zunehmendem Maße an Europa heranwächst.“ Landtag und Landesregierung müssten sich gemeinsam darum bemühen, hierfür ein tragfähiges Konzept über alle Fraktionsgrenzen hinweg zu entwickeln.

Ralf Witzel (FDP) bezeichnete eine regionale Partnerschaft zwischen NRW und

der Türkei für „durchaus erstrebenswert“. Sie müsse aber Ergebnis eines Prozesses sein. „Den zweiten Schritt vor dem ersten zu tun, kann aus unserer Sicht nicht zielführend sein.“ Zudem hielt er eine frühzeitige Festlegung auf die ägäische Region für „vorschnell“.

Europaminister Michael Breuer (CDU) zog ein Zwischenfazit: Alle Fraktionen sowie auch die Landesregierung verfolgen ein Ziel – die Intensivierung des Verhältnisses zwischen NRW und der Türkei. Über das Wie und Wann müsse aber noch im Einzelnen diskutiert werden.



Foto: Schälte

# „Wieder Schwung in der Bude“

## Landtag diskutiert Regierungserklärung

*Hochschulfinanzierung, Schulreform und Förderstrategien für die Forschung – es gibt kaum ein Themenfeld, das in den letzten Monaten breiter diskutiert wurde. Im Parlament schlug Anfang des Monats Innovationsminister Professor Dr. Andreas Pinkwart (FDP) bei einer Regierungserklärung den Bogen. Sie stand unter dem Motto „Kreativität freisetzen und Kräfte bündeln – Trendwende in der Innovationspolitik Nordrhein-Westfalens“.*

Innovationsminister Professor Dr. Andreas Pinkwart (FDP) verwies auf die Bedeutung von Innovation: „Höhere Löhne und sichere Arbeitsplätze sind dauerhaft nur möglich, wenn unsere Produkte mindestens soviel besser sind, wie sie teurer sind.“ Umso bedrohlicher sei die „Forschungslücke“. Unterdurchschnittliche Forschungsintensität, der in Teilen nicht bewältigte Strukturwandel und das vergleichsweise schlechte lokale Investitionsklima sowie mangelnde sichtbare Exzellenz an Hochschulen seien Ursache für eine Forschungsquote von nur 1,8 Prozent. Baden-Württemberg habe vier Prozent. Spätestens 2015 sollen mindestens drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Forschung und Entwicklung investiert werden, formulierte der Minister als Anspruch. Um eine Trendwende zu erreichen, setze er auf Bürokratieabbau, Kreativität und Handlungsspielräume für alle Beteiligten. Bei der Landesförderung müsse die Qualität der Projekte, nicht der Standort im Mittelpunkt stehen. Seine weiteren Stichworte waren: Konzentration auf Zukunftsfelder, Abbau von Blockaden beispielsweise bei der Biotechnologie aber auch Zusatzanstrengungen bei erneuerbaren Energien. Erste Erfolge seien sichtbar, dazu nannte der Minister mehrere Beispiele. Auch habe man für die Hochschulen eine tragfähige finanzielle Basis geschaffen, gemeinsam mit dem Schulministerium wolle man den Einstieg ins Studium weiter erleichtern.

Marc Jan Eumann (SPD) konnte in den Ausführungen „nichts wirklich Neues“ erkennen. „Sie haben fast alles abgeschrieben“, verwies er auf Parallelen zur früheren Landesregierung. Minister Pinkwart (FDP) knüpfe da an, wo Ministerpräsident Steinbrück (SPD) Wichtiges geleistet habe. Zu Geistes- und Kulturwissenschaften sei nichts zu hören gewesen. „Die opfern sie auf ihrem neoliberalen Altar.“ Als „dreist“ empfand der Sozialdemokrat, dass der Minister kein Wort zum Haushalt gesagt habe. Schließlich kürze die Regierung die Ausgaben für Forschung und Entwicklung um 36 Millionen Euro. Keine Trendwende, sondern eine Sackgasse, lautete seine Analyse. „Alles regelt eben nicht der Markt“, stellte er fest und warnte vor der „Verwechslung von Unternehmen und Universitäten“.

Helmut Stahl, CDU-Fraktionsvorsitzender, war überzeugt, die Menschen im Land würden sich darüber freuen, „dass endlich wieder Schwung in die Bude kommt“, auch in die Wissenschafts-, Forschungs- und Innovationspolitik. Der CDU-Fraktionsvorsitzende verspürte bereits eine „Aufbruchstimmung“ bei den vielen „Hidden Champions“, die dieses Land habe und auch brauche. Rot-Grün habe der Mut gefehlt, auf die Realität zu gucken und diese zu verändern. Hochschulfreiheitsgesetz und Schulreform: „Das sind große Reformen. Reformen, die dieses Land verändern werden“, so Stahl weiter.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) sprach angesichts der Regierungserklärung von „Sprechblasen“. Nicht erwartet habe man die „gnadenlos schlechte Qualität“ der Gesetzentwürfe, urteilte Seidl und forderte deren Rücknahme. Was der Minister verkünde, sei die Abschaffung der Hochschulpolitik. Ganz bewusst nehme er die Pleite von Universitäten in Kauf, wolle sie den Interessen der Wirtschaft unterordnen. Die so genannte Forschungslücke sei nicht durch mangelndes Engagement des Landes entstanden. Das Land habe alles getan. Der Anteil der Privatwirtschaft sei im Vergleich zu anderen Ländern zu niedrig. Wenn die Regierung auf erneuerbare Energien setze, so Seidls Kritik, warum kürze man dann just diese Mittel zusammen?

Christian Lindner (FDP) wertete die Regierungserklärung als „erstmalige Innovationsstrategie, die auf einer nüchternen Lagebeschreibung fundiert ist“. Auf dem Weg, NRW bis 2015 zum Innovationsland Nummer Eins zu machen, habe die Koalition „den Grundstein bereits gelegt“, verwies auch er auf die Hochschulpolitik. Da habe es keine Kürzungen gegeben, die Mittel betrügen weiter 2,8 Milliarden; zuzüglich der Einnahmen durch die Erhebung von Studienbeiträgen. Das sei auch keine neoliberale Verschwörung, inzwischen führe auch das sozialdemokratische Dänemark solche Gebühren ein. Der von Minister Pinkwart geforderte Mut zur Ungleichheit sei Konsequenz der Freiheit. Im Übrigen habe die Koalition den Forschungsetat zwar neu strukturiert, aber nicht gekürzt. 🗳



Innovationsminister Professor Dr. Andreas Pinkwart (FDP)



Marc Jan Eumann (SPD)



Helmut Stahl (CDU)



Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)



Christian Lindner (FDP)

Fotos: Schälte

# Die Zukunft der Landesbetriebe

## Aktuelle Stunde zu den Privatisierungsplänen der Landesregierung

*Was wird aus den landeseigenen Betrieben und ihren Beschäftigten? Im Rahmen einer Aktuellen Stunde wollte die SPD-Fraktion darüber Auskunft von Landesregierung und Koalitionsfraktionen haben. Eine im Internet veröffentlichte Kabinettsvorlage hatte die Sozialdemokraten beunruhigt und zu diesem Schritt veranlasst.*



Dr. Karsten Rudolph (SPD)

Innenminister  
Dr. Ingo Wolf (FDP)

Dr. Karsten Rudolph (SPD) warf der Landesregierung vor, mit dieser Vorlage die Beschäftigten der Landesbetriebe und deren Angehörige zutiefst zu verunsichern, „weil in Ihrem Anhang 24.806 Planstellen zur Disposition gestellt werden“. Im Gespräch seien offensichtlich auch Pläne, „überflüssige Beschäftigte in einer Auffangesellschaft ähnlich wie bei der Post zu sammeln“, meinte er und forderte, dass die Landesregierung endlich ihre „klare Marschrichtung“ nenne. Die Koalition, so sein Vorwurf, mache „den Staat, die Landesbetriebe und die Landesverwaltung zur Beute privater Gewinninteressen“. Das Gebot von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gehe völlig in Ordnung, aber private Anbieter seien nicht per se immer kostengünstiger und effektiver, war seine Warnung.


Rainer Lux (CDU) wehrte sich gegen den Vorwurf der Intransparenz. Schon im Koalitionsvertrag stehe, man werde „konsequent prüfen, welche Aufgaben der Staat weiter wahrnehmen muss, welche wegfallen, privatisiert oder kommunalisiert werden“. Das jedoch sei ein mehrjähriger Prozess. Vorfestlegungen – beispielsweise die Landesanstalt für Ökologie und Forsten betreffend – gebe es seitens der Landesregierung nicht. Zur SPD gewandt: „Dass die Öffentlichkeit informiert wird, wenn solche Entscheidungen anstehen, halten wir für selbstverständlich.“ Den Sozialdemokraten warf er vor, „mit solch durchgestochenen Vorlagen Stimmung zu machen und die Beschäftigten zu beunruhigen“.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) konstatierte „eine Politik mit dem Abbruchhammer“. Alle in Rede stehenden Landesbetriebe – vom Landesbetrieb Straßenbau über das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik bis zum Geologischen Dienst – seien in ihrer jetzigen Form für Private uninteressant, leisteten zum Teil

hoheitliche Aufgaben. Eine Privatisierung mache fachlich und finanziell keinen Sinn. Haushaltentlastende Effekte seien nur zu erwarten, wenn die Landesregierung Aufgaben wegfallen lasse. Stattfinden müsse eine Abwägung zwischen fachlichen und gemeinwesenorientierten Kriterien auf der einen Seite und einer möglichst kostengünstigen Erledigung öffentlicher Aufgaben auf der anderen Seite. Der Entwurf des Landeshaushaltes sei in diesem Kontext „real gewordene und bittere Bilanz des Wortbruchs“.

Horst Engel (FDP) warb für die „Zauberformel Privat vor Staat“. Er wertete die Debatte als Möglichkeit aufzuzeigen, wie die Koalition Chancen für mehr Wachstum und Beschäftigung tatsächlich nutzen könne. Rot-Grün habe in der Vergangenheit ausreichend demonstriert, „wie ein Staat geschwächt werden kann“. Kursbuch für alles Regierungshandeln sei der Koalitionsvertrag. Demnach werde man den Staat auf Kernaufgaben beschränken, diese modernisieren und selbstverständlich Landesbetriebe und Landeseinrichtungen privatisieren. Eine Entwicklung, bei der Rot-Grün „stecken geblieben“ sei. Statt materieller habe man bloß

formale Privatisierung betrieben. Folge: „ein finanzielles Desaster“, da privatisierte Betriebe den Landeshaushalt weiter belasteten. „Es gibt keine Denkverbote, echte Privatisierungen zu erreichen.“

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) stellte klar, dass es eigentlich „nichts Neues“ gebe: Auch keine Festlegung des Kabinetts, bestimmte Landesbetriebe oder Einrichtungen zu privatisieren. Prinzipiell gehe es der Landesregierung um den Bürokratieabbau: „Es darf nur geregelt werden, was wirklich geregelt werden muss. Der Staat darf nur dort tätig werden, wo nicht andere diese Aufgabe besser oder ebenso gut erfüllen können.“ Formuliert habe das übrigens die rot-grüne Regierung im „Düsseldorfer Signal“. Privatisierung sei mit Blick auf die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft ein vernünftiger und richtiger Weg. „Er ist aber auch schlicht eine finanzwirtschaftliche Notwendigkeit.“ Dabei verwies der Minister auf die prekäre Haushaltslage. Man werde sich jedoch ganz genau fragen: „Was eignet sich zur Privatisierung, sind die Umstände gegeben?“ Das alles befinde sich noch im Überlegungsstadium. 



Rainer Lux (CDU)

Rüdiger Sagel (GRÜNE)

Fotos: Schälte



# Knappes Frist zur Bewerbung

## NRW setzt die Tradition seiner erfolgreichen Landesgartenschauen fort

*In zwei Jahren gibt es wieder eine Landesgartenschau – wo, das entscheidet sich in den nächsten Wochen. Damit setzt sich in dann dreijährigem Turnus eine Tradition fort, die aus finanziellen Gründen in Gefahr war. „Landesgartenschauen sind gut für unsere Städte und gut für unser Land“, sagte Umweltminister Uhlenberg (CDU) bei der Beratung des Antrags von CDU, FDP und SPD (Drs. 14/1100 neu) im Plenum.*

### STADTENTWICKLUNG



Reinhold Sendker (CDU) erinnerte daran, die CDU-Fraktion habe sich „stets und mit Nachdruck für die Fortführung der Landesgartenschauen in Nordrhein-Westfalen eingesetzt“. Die Kabinettsentscheidung, die Landesgartenschauen 2008 und dann in einem Dreijahreszeitraum 2011, 2014 und 2017 fortzusetzen, schaffe endlich Klarheit. Jetzt erhielten der gesamte ländliche Raum, die Kommunen, die Kleingärtner sowie der Gartenbau und darüber hinaus engagierte Bürgerinnen und Bürger eine klare Perspektive für ihre Planungen. In Kommunen wie Arnshagen, Haltern am See und Rietberg stehe man in den Startlöchern. Über die Finanzierung, über Sponsoring, Fördervereine und Stiftung als zusätzliche Finanzquellen werde noch zu reden sein. Er, Sendker, freue sich, dass auch die SPD nun wieder im Boot sei, weil sie sich dem gemeinsamen Antrag von CDU und FDP angeschlossen habe.

Holger Ellerbrock (FDP) sagte: „Ich bin froh, dass wir hier einen gemeinsamen Antrag vorgelegt haben.“ Es sei guter Stil, bei aller Diskussion aufeinander zuzugehen – um der guten Sache willen. „Wir machen die Landesgartenschauen in Zusammenarbeit mit den Gartenbauverbänden, den betroffenen Kommunen, unseren Häusern in der Landesregierung und dem Parlament“, fügte der Abgeordnete hinzu. Diesen Punkt im Antrag noch einmal zu bestätigen, sei kein Problem gewesen. Ellerbrock blickte zurück: „Als wir in der Opposition waren, hätten wir uns gewünscht, dass die Vorgängerregierung auch manchmal diesen Weg eingeschlagen hätte.“

Wolfram Kuschke (SPD) schlug vor: „Schauen wir jetzt gemeinsam nach vorne.“ Die alte „Blümchenschau“ sei überwunden, jetzt gehe es um eine Leistungsschau und Präsentation der Leistungsfähigkeit des Garten- und Landschaftsbaus – und die sei beim Publikum gefragt. Hinzukomme die positive Wirkung von Landesgartenschauen auf die Stadtentwicklung. Es habe sich bei den letzten Veranstaltungen auch gezeigt, dass Landesgartenschauen so attraktiv sein können, dass sie durchaus mit anderen großen sommerlichen Ereignissen mithalten können. Schließlich sei die Ausstrahlung auf benachbarte Bundesländer festzuhalten und damit die Möglichkeit, dass sich NRW darstellt. Kuschke resümierend: „Ich bin sehr froh darüber, dass zwischen den drei Fraktionen eine Verständigung zustande gekommen ist.“

Johannes Rimmel (GRÜNE) meinte angesichts der Zurückhaltung seiner Fraktion zu dem Antrag, den sie ablehnen werde: „Wir stehen nicht mit Schaum vorm Mund da und sagen: Ganz furchtbares Teufelszeug, Gartenschauen wollen wir nicht – im Gegenteil!“ Es gebe gute Argumente, sie weiterzuführen. Man habe nachweisbare Erfolge bei der Freiflächenanierung erzielt. Es würden dauerhaft Naherholungsangebote geschaffen, zur Umweltbildung und zur Stärkung des Umweltbewusstseins werde beigetragen. Aber in Zeiten knapper Finanzmittel könnten für Landesgartenschauen, die ja in erster Linie Leistungsschauen der entsprechenden Verbände seien, nicht Finanzmittel des Landes bereitgestellt werden. Wenn Frauenhäuser

Früher Deponie, dann Gelände der Landesgartenschau: Jetzt, nach Ende der Schau, hat Leverkusen ein attraktives Naherholungsgebiet gewonnen und ist zudem näher an den Rhein gerückt.  
Foto: LAGA

vor der Insolvenz stehen, Biologische Stationen Mitarbeiter entlassen müssen und die Mittel für die Verbraucherberatung gekürzt werden, müsse man klare Prioritäten setzen.

Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) nannte die Fortsetzung der Landesgartenschauen ein wichtiges Signal des Aufbruchs. „Ich kann nur noch einmal wiederholen: Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen ist festen Willens, die Tradition der Landesgartenschauen fortzusetzen.“ Er freue sich auch, „dass die SPD-Fraktion dann doch noch die Kurve gekriegt hat“. Zu den Grünen sagte er: „Was unter einer grünen Umweltministerin so noch in Ordnung war, soll jetzt nicht mehr in Ordnung sein.“ Da habe es eine Kehrtwendung gegeben. Die Entscheidung der Landesregierung sei eine „tolle Kombination zwischen einer guten Umweltpolitik und der Schaffung von Arbeitsplätzen“. Der Stichtag für die Bewerbung zur Durchführung der Landesgartenschau sei der 1. März. Die Bewerbungen würden durch eine neutrale und unabhängige Kommission gesichtet. Die Landesregierung werde dann eine Empfehlung für die Vergabe machen. Das System der Finanzierung folge dem bewährten Muster: „Es gibt einen festen Finanzsockel von fünf Millionen Euro aus dem Haushalt des Ministeriums.“ Weiterer Mittel würden wie bisher aus vorhandenen Förderprogrammen bereitgestellt.

Rostig, eingleisig, unbenutzt – so sieht die Trasse des Eisernen Rheins vielerorts aus. Hier ein Abschnitt kurz hinter der niederländischen Grenze, im Nationalpark „De Meinweg“.  
Foto: Schälte

## Viel im Fluss beim Eisernen Rhein

### Streit um eine leistungsfähige Güterverbindung nach Antwerpen

*Die SPD macht Druck: Sie will, dass in den Eisernen Rhein zwischen dem Hafen Antwerpen und NRW neues Leben kommt. „Den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen durch die Reaktivierung des Eisernen Rheins stärken!“ – diesen Antrag (Drs. 14/1107) überwiesen die Abgeordneten nach Beratung einstimmig an den federführenden Ausschuss für Bauen und Verkehr zur abschließenden Abstimmung.*

Oliver Keymis (GRÜNE) erklärte, beim Eisernen Rhein handele es sich um eine uralte Strecke, die viele Probleme aufwerfe. Aber man könne nicht behaupten, auf deutscher Seite sei nichts getan worden, es habe immer wieder verschiedene Vereinbarungen zwischen verschiedenen Verkehrsministern gegeben. Rot-Grün habe die Strecke im politischen Dialog gehalten und sich um eine Realisierung bemüht. Aber so lange offen sei, wo der Güterverkehr abzunehmen sei – ob in Dahlheim oder Venlo –, so lange sei auch die Eilbedürftigkeit nicht zu erkennen, die die SPD in ihrem Antrag zu erkennen gebe. Außerdem müssten die Menschen, die hier leben, mit der Trasse leben können.

Christof Rasche (FDP) fand, eine Monopolstellung Rotterdams liege nicht im Interesse des Landes, das mit einer guten Anbindung an die Seehäfen Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam („ARA-Häfen“) zur logistischen Drehscheibe für das europäische Festland werden könne. Bei allen Problemen mit der Strecke wäre es falsch, den Eisernen Rhein aufzugeben: „Deshalb müssen wir zunächst Alternativen und Varianten hinsichtlich der Streckenführung prüfen.“ Moderne Dieselloks ließen eine Elektrifizierung nicht erforderlich erscheinen; die Eingleisigkeit sei durch Ausweichabschnitte zu lösen. Das alles sei zu prüfen; das Gutachten dazu werde im Sommer vorliegen. Dann könne entschieden werden, schloss Rasche.

Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU) unterstrich die Bedeutung der Anbindung Nordrhein-Westfalens an die ARA-Häfen – aber nicht nur für Duisburg, sondern auch für die Häfen in Köln, Düsseldorf und Neuss. Wie man eine leistungsfähige Anbindung des Antwerpener Hafens an das europäische Hinterland hinbekomme, das sei „ein gemeinsames Werk von Belgiern, Niederländern und Nordrhein-Westfalen“. Da könne man nicht, wie das Rot-Grün getan habe, „in Duldungsstarre verharren“ und warten, wie sich Belgier und Niederländer einigen. Schon die Vorgängerregierung hätte prüfen müssen, ob es in Sachen Eiserner Rhein eine andere und bessere Lösung gibt, „die den Notwendigkeiten einer grenzüberschreitenden Anbindung Genüge tut“. Weil das nicht geschehen sei, gebe es auf deutscher Seite keine fundierte Grundlage für eine ausreichende Bewertung des Eisernen Rheins. Weil auch bilateral zwischen Belgien und den Niederlanden längst nicht alles geklärt sei und dort bisher kein einziger Euro für eine Reaktivierung in die Haushaltspläne eingestellt sei, müsse man jetzt gemeinsam weiterkommen.

Ralf Jäger (SPD) betonte, der Eisernen Rhein, die Güterschienenverbindung zwischen dem Hafen Antwerpen und dem Ruhrgebiet, sei von besonderer strategischer Bedeutung für den Wirtschaftsstandort NRW. Die letzte Landesregierung, die Industrie- und Handelskammern und das Ruhrgebiet hätten dieses Projekt befürwortet und vorangetrieben. Die von der jetzigen Landesregierung angekündigte Prüfung sei nichts anderes als eine verdeckte, verklausulierte Absage an die Verbindung, denn das Ergebnis sei klar: Das Projekt werde insgesamt in Frage gestellt. Aber warum wolle die Landesregierung das Projekt unbedingt kaputt machen? Ihr liege eben nicht die Förderung des Strukturwandels im Ruhrgebiet und der Logistikstandort in Duisburg am Herzen, sondern es gehe „um einen politischen Kniefall des Verkehrsministers vor regional-örtlichen Interessen von CDU-Vertretern am linken Niederrhein“.

Heinz Sahnen (CDU) bezeichnete dies als „absoluten Quatsch“. Das sei unredlich und stelle reine Vernebelung dar, weil die SPD während ihrer 38-jährigen Regierungszeit in dieser Frage nicht tätig geworden sei, obwohl zahlreiche Gutachten vorlagen, und die Einstellung des Güterverkehrs 1991 hingenommen habe. Diese Passivität müsse erst einmal erklärt werden. Der Logistikstandort Duisburg benötige eine leistungsfähige Schienentrasse. Während Holland die Schienenverbindung von Rotterdam nach Deutschland bis zur Grenze schon fertiggestellt habe, tue sich auf deutschem Gebiet nichts. Beim Eisernen Rhein müsse es eine Verständigung zwischen Belgien, den Niederlanden, NRW und dem Bund auf eine gemeinsame Trasse geben. Zum anderen habe neben den Interessen der Logistikbranche auch die Bevölkerung ein Anrecht auf Schutz vor Lärmbelästigung und eine städtebaulich vertretbare Trassenführung. Sich auf eine Trasse zu fokussieren, sei falsch.



# Vom Lokalfürsten zum Sonnenkönig?

## Landtag diskutiert über Reform der Gemeindeordnung in NRW

*Der Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Landesregierung nennt die Reform der Gemeindeordnung NRW als eines der zentralen kommunalpolitischen Ziele. Dies stößt auf Widerstand bei den Oppositionsfractionen. Sie befürchten etwa, dass die Ratsrechte zu Gunsten der Machtstellung der hauptamtlichen (Ober-)Bürgermeister geschwächt werden. Darum hat die GRÜNE-Fraktion einen Antrag mit dem Titel „Keine Aushöhlung der Rechte von Stadt- und Gemeinderäten“ (Drs. 14/1114) eingebracht, der in der Plenarsitzung Anfang Februar diskutiert wurde. Die Koalitionsfraktionen und die Landesregierung wiesen die Vorwürfe der Opposition als haltlos zurück. Solange die Landesregierung keinen Gesetzentwurf vorgelegt habe, sei die Diskussion ohnehin „rein spekulativ“.*

Horst Becker (GRÜNE) bezeichnete die Pläne der Landesregierung „in ihrer wesentlichen Substanz“ als „kommunalfreundlich“. Eine Amtszeitverlängerung der Bürgermeister auf acht Jahre und die Entkoppelung seiner Wahl von Kommunalratswahlen stelle eine „absolute Entdemokratisierung“ dar. Die Neuordnung der Kompetenzabgrenzung zwischen Rat und Bürgermeister dürfe nicht zu Lasten der Räte gehen. Solch ein „Übergang vom Lokalfürst zum Sonnenkönig“ habe zur Folge, dass sich künftig immer weniger Leute dazu bereit erklärten, sich als ehrenamtliche Ratsmitglieder zu engagieren. Auch einer Änderung des Gemeindefinanzrechts erteilte er eine Absage. „Sie wollen der öffentlichen Hand das Geld entziehen, um Privaten die Gewinne zuzuschreiben. Das ist verwerflich.“

Hendrik Wüst (CDU) warf den Grünen vor, sie hätten in den vergangenen zehn Jahren einen „Raubzug gegen die Kommunen“ unternommen und die Stadträte durch ihre Politik im Lande „brutal entmachtet“. Er nannte es einen „Akt der Heuchelei“, wenn sich die Grünen „hier jetzt als edle Rächer der Enterbten darstellen“. Die Opposition greife „Spekulationen von engagierten Journalisten“ auf, um daraus ein „Angstscenario“ zu konstruieren. „Niemand – nicht einmal der schlimmste Neoliberale, dessen Fratze Sie hier immer an die Wand malen –, will irgendwelche Stadtwerke enteignen.“ Die von Schwarz-Gelb geplante Gemeindeform reform biete keinen Anlass für Spekulationen. Wüst: „Das alles steht im Koalitionsvertrag und ist kein Geheimnis.“

Hans-Willi Körfges (SPD) erteilte dem Antrag der Grünen seine Zustimmung und appellierte gleichzeitig an die Landesregierung, sich von ihren Plänen zu verabschieden. Der Abgeordnete befürchtete eine „Aushöhlung der Zuständigkeit der Räte“ zu Gunsten der hauptamtlichen Bürgermeister. „Wir dürfen doch die Räte nicht zu reinen Reklamationsabteilungen verkommen lassen.“ Bei der geplanten Abschaffung der

Stichwahl bei Bürgermeisterwahlen stelle sich zudem die Frage nach der demokratischen Legitimation von Hauptverwaltungsbeamten, die gegebenenfalls mit weniger als 25 Prozent der Wählerstimmen für acht Jahre ins Amt kämen. „Das verträgt sich zumindest mit unserem Demokratieverständnis nicht.“

Horst Engel (FDP) bat die Opposition um mehr Geduld bei der Novelle der Gemeindeordnung. Zum Antrag der Grünen sagte er: „Es ist wirklich erstaunlich, wie Sie hier mit Rabulistik versuchen, uns etwas in die Tasche zu lügen, was an keiner Stelle beabsichtigt ist.“ Die Reform der Gemeindeordnung solle zur Stärkung der lokalen Demokratiepotenziale und der Förderung politischer Akzeptanz durch die Bürger beitragen. „Wir wollen keinesfalls die Rechte der Mandatsträger schwächen.“ Darüber hinaus zeigte er sich verwundert über die Kritik an der Verlängerung der Bürgermeisteramtszeit: Bei der Bürgermeisterwahl werde die Parteizugehörigkeit in den Hintergrund geschoben. „Es kommt stattdessen auf die Persönlichkeit, auf die Qualifikation, auf die Kompetenz einer Person an.“

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) empfand die Debatte als verfrüht. Sie könne erst dann „sachlich fundiert stattfinden, wenn die Landesregierung ihren Gesetzentwurf eingebracht hat“. Schnellschüsse werde es nicht geben. „Bei den Umsetzungsentscheidungen werden natürlich alle Bedenken geprüft.“ Der Minister widersprach Spekulationen, dass Beigeordnete künftig nicht mehr vom Rat gewählt, sondern vom Bürgermeister eingesetzt werden sollen. Was die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen anbetrifft, werde sich die Überzeugung der Landesregierung „Privat vor Staat“ in der Gemeindeordnung wieder finden. „Dies wird eine wünschenswerte stärkere Konzentration auf die Kernaufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge und damit deren Stärkung zur Folge haben“, meinte der Minister.

Horst Becker  
(GRÜNE)

Hendrik Wüst  
(CDU)

Hans-Willi Körfges  
(SPD)

Horst Engel  
(FDP)

Innenminister  
Dr. Ingo Wolf  
(FDP)

Fotos: Schälte

## Was sich neckt, das liebt sich?

### Abgeordnete aus Rheinland und Westfalen geben sich versöhnlich

Der ewige Zwist zwischen Rheinländern und Westfalen – gibt es ihn wirklich? Mythos oder Alltag? Gerade ein Landesparlament müsste hier doch mit gutem Beispiel vorangehen und bemüht sein, eventuell vorhandene Gräben zuzuschütten und Missverständnisse auszuräumen. „Landtag intern“ befragte zu Beginn der 5. Jahreszeit die Abgeordneten Andrea Milz (CDU), Svenja Schulze (SPD), Dr. Michael Vesper (GRÜNE) und Christof Rasche (FDP). Die Antwort auf die drängende Frage wird niemanden überraschen: ein klares „Jein!“

*Frau Milz, Rheinländerin und Rheinländer ziehen sich zu Karneval ein buntes Kostüm an, sind so richtig jeck und tanzen über Tische und Bänke. Welche Rolle spielt für Sie das „Verkleiden“ in der fünften Jahreszeit?*

Milz: Verkleiden heißt verändern – ich tue das jeden Morgen und freue mich, wenn ich im Karneval nicht mehr so alleine bin und das Bild in den Straßen generell bunter wird. Ist doch klar, dass sich die Stimmung hebt, wenn Leute Federn in den Haaren haben, pinkfarbene



Andrea Milz (CDU)

Strümpfe tragen und mit lustigem Gesicht in der Straßenbahn sitzen. Daher mein Wunsch: Bringt Farbe, Fröhlichkeit und Lachen an 365 Tagen im Jahr in den Alltag, das fördert die positive Einstellung und hindert nicht daran, gute Arbeit zu leisten.

*Aus dem westfälischen Landesteil kommen immer wieder Klagen, man sei in vieler Hinsicht gegenüber dem Rheinland be-*

*nachteiligt. Sie leiten den Ausschuss für Generation, Familie und Integration. A propos Integration – brauchen wir eine Integrations-offensive für Westfalen?*

Milz: Gute Idee! Wie wäre es, wenn jeder rheinische Kollege in den Fraktionen eine persönliche Patenschaft über einen Westfalen übernehmen würde? Zuerst käme ein theoretischer Teil, der die Lebensweisheiten des Rheinländers erklärt und vermittelt – so zum Beispiel „et kütt wie et kütt“, „et is noch immer joot jejeange“ oder „mer kenne uns, mer helfe uns“. Danach dann die praktische Einführung ins rheinische Leben: Schminkkurs mit Pappnase, Erprobung des rhythmischen Schunkelns, Singen op Kölsch und erste Versuche mit Stippeföttche. Besteht der Westfale alle diese Herausforderungen, erhält er ein „Immi-Zertifikat“, was ihn jederzeit zu freiem Eintritt bei Brauchtumsfesten berechtigt.

*Frau Schulze, als engagiertes Mitglied von Slowfood und als Rheinländerin, die es zu den vermeintlich „drögen Westfalen“ verschlagen hat, Frage an Sie: Darf jemand, der Blutworscht und 'ne Halve Hahn zu seinen Lieblingsgerichten zählt, auf Menschen herabblicken, die sich für Pfefferpott-hast, Münstersch Töttchen oder Möpkenbrot erwärmen?*

Schulze: Also ich lebe schon 20 Jahre sehr gerne in Westfalen. Und wer sich über die leckeren münsterschen Traditionsgerichte beschweren will, findet nur Gehör, wenn das in astreinem Münsterländer Platt geschieht. Außerdem: Wenn wir einen halben Hahn bestellen, bekommen wir was Warmes, Knuspriges auf den Teller und nichts Labbe-

riges, Kaltes auf drögem, ollen Roggenbrot. Ansonsten rufe ich den Rheinländern zu: Lernt doch erst mal Pils brauen! Zugegeben: Die Kamelle werden bei uns am Rosenmontag zwar gezielt geworfen, dafür bekommt aber auch jeder eine ab. Und das beliebte Vorurteil, dass der Westfale „dröge“ sei, stimmt einfach nicht. Als Sprecherin meiner Fraktion für Umweltpolitik kann ich da nur sagen: Die Kommunikation der Westfa-



Svenja Schulze (SPD)

len ist einfach nachhaltiger. Wir wissen hier nach einem Thekengespräch auch am nächsten Tag noch, mit wem wir uns unterhalten haben.

*Sie haben im westfälischen Bochum studiert und waren AStA-Vorsitzende. Bei der Exzellenzinitiative siegte mit Aachen jüngst eine rheinische Hochschule, die in Münster, wo Sie wohnen, landet unter fernem Liefen. Folge der hochschulpolitischen Benachteiligung des westfälischen Landes-*

Schulze: Eher eine Folge jahrhundertelanger traditionell eingübter Überzeugungsrituale sowohl verbaler wie materieller Art. Man könnte auch profan behaupten: Die Aachener sind offensiver im Klüngeln. Aber im Ernst: Münster hat in den letzten Jahren viele exzellente Einrichtungen für seinen Hochschulstandort gewinnen können. So das Max-Planck-Institut für molekulare Biomedizin. Oder das Zentrum für Nanotechnologie. Oder das Netz-

werk Bioanalytik-Münster. Und für die, die mit Naturwissenschaften weniger anfangen können: Münsters Universität belegt mit den Wirtschaftswissenschaften und Rechtswissenschaften bei bundesweiten Vergleichen stets die vorderen Plätze. Und unsere Fachhochschulen habe ich da noch gar nicht erwähnt.

**Herr Dr. Vesper, Sie als früherer Landeskulturminister: Welcher kulturelle Graben trennt Westfalen vom Rheinland? Rechtfertigt der in irgendeiner Weise die beklagenswerte Benachteiligung der Münsterländer, Sauerländer, Siegerländer, Ostwestfalen und Lipper?**

Dr. Vesper: Johannes Rau hat ja immer treffend von der sprichwörtlichen Zuverlässigkeit der Rheinländer, der ausgelassenen Fröhlichkeit der Westfalen und der sagenhaften Großzügigkeit der Lipper gesprochen. Das sind halt unterschiedliche Volksstämme mit ganz unterschiedlichen Vorzügen. Das Gewicht unseres Landes könnte man entscheidend vergrößern, wenn wir daraus zwei Länder machen würden: das Rheinland und Westfalen-Lippe wären dann das dritt- und viertgrößte Bundesland. Dass diese Trennung niemals ernsthaft diskutiert wurde, zeigt den Mut Nordrhein-Westfalens: Wir bleiben bei allen Unterschieden zusammen. „Es ist schwierig, aber es geht“, sagt der Kölner Kabarettist Jürgen Becker, und er hat Recht. Darum sehe ich auch für eine Benachteiligung der westfälischen Landesteile überhaupt keine Rechtfertigung. Der Nachteil und zugleich Vorteil ist ja für beide, Rheinland und Westfalen, der gleiche: mit dem jeweils anderen zusammenleben zu müssen.

**Als ein Mensch, der beide Landesteile aus eigenem Erleben kennt und zwischen Pils, Kölsch und Alt zu unterscheiden weiß – an welchem Karneval nehmen Sie, Hand aufs Herz, lieber teil, am rheinischen oder westfälischen?**

Dr. Vesper: Westfalen – und vor allem Ostwestfalen – hat viele gute Seiten. Aber der Karneval gehört nicht dazu. Man kann im Leben eben nicht alles haben.



Dr. Michael Vesper (GRÜNE)

**Herr Rasche, Sie als Banker und Politiker aus Westfalen kennen den Nachholbedarf. Wie, glauben Sie, kann Westfalen den Rückstand aufholen? Sich selbst beim eigenen Schopf aus dem Moor ziehen oder ist doch ein staatliches Entwicklungsprogramm nötig – sagen wir 11 Millionen auf 11 Jahre?**

Rasche: Überlegungen in den Neunzigern, Westfalen vom Rheinland zu trennen, ist im Zeitalter der Globalisierung obsolet. Heute „schauerte“ es Westfalen beim Gedanken an diesen Rückfall in Kleinstaaterei. Nötig sind leistungsfähige Einheiten und neue Impulse, die den Nachholbedarf Westfalens ausgleichen. Dabei geht es nicht darum, sich am eigenen Schopf aus dem Moor zu ziehen; obwohl Baron Hieronymus von Münchhausen aus Bodenwerder die Methode erfand, der dem westfälischen Kulturkreis näher steht als dem rheinischen. Und obwohl die Rheinländer dem „Lügenbaron“ viel abgeschaut haben: Ein „staatliches Entwicklungsprogramm“ kann nur ein Witz

sein. Besser wäre eine neue Hauptstadt nahe des geographischen Mittelpunkts des Landes – etwa im Bereich der Dortmunder Rieselfelder, nördlich von Waltrup, in der Nähe der Lippe, die zur Römerzeit eine ebenso bedeutsame Verkehrsader wie der Rhein war. Nur dauerte die Römerzeit hier nicht lang. Die Schlacht am Teutoburger Wald bereitete das Ende. Eine strategische Großtat, zu der der rheinische Teil des Landes nie in der Lage war. Eine neue Hauptstadt in Westfalen wäre ein Aufbruchsignal. Der Bau würde das Notleidende Baugewerbe sanieren und einen staatsbürgerlichen Gewinn bringen, da sich alle Lobbygruppen neu orientieren müssten. Der Sitz des WDR sollte auch in die neue Kapitale verlegt werden. Staatsferne ist etwas anderes als die Distanz zwischen Düsseldorf und Köln.

**Bei so viel Tristesse – gibt es nicht auch ermutigende Zeichen für Westfalen? Etwa in einem so zentralen Feld wie dem Fußball? Wäre das nicht die Chance, dem geknickten westfälischen Selbstbewusstsein wieder aufzuhelfen?**

Rasche: An Lebensqualität ist eine Region, die Pils und Steinhäger den Vorzug vor Alt und Kölsch gibt, nicht zu überbieten. Es gibt also nicht die unterstellte Tristesse im westfälischen Landesteil – im Gegenteil: Hier ist man das ganze Jahr über lustig, nicht nur im Karneval. Es bedarf daher keiner Stütze für das angeblich geknickte Selbstbewusstsein der Westfalen. Um aber eine Verknüpfung der Politik zum Fußball als einem zentralen Feld der westfälischen Kultur herzustellen, sollten die Plenarsitzungen des Landtags regelmäßig zwei Stunden vor den Heimspielen in der „Arena auf Schalke“ stattfinden.

Dies würde die Sitzungen verkürzen und viel Volk am politischen Geschehen teilhaben lassen.



Christof Rasche (FDP)

Fotos: Schälte



## Die verbindende Kraft des Karnevals

Närrinnen und Narren aus dem ganzen  
Land zu Gast im Landtag

*Heute Abend versammeln sich Karnevalisten und Tollitäten aus ganz Nordrhein-Westfalen im Landtag. Landtagspräsidentin Regina van Dinter hat zum großen karnevalistischen Fest ins Hohe Haus geladen. Dreigestirne und Prinzenpaare aus dem Rheinland und Westfalen zelebrieren gemeinsam den tiefen Sinn der fünften Jahreszeit. So viel Eintracht herrschte nicht immer. Ein Blick zurück in die Landesgeschichte zeigt das.*

Foto: Schälte

Es war vor 11 + 3 Jahren. Da brauste ein Ruf wie Donnerhall: „Freiheit für Westfalen!“ Die Medien sahen die Spaltung des Landes gekommen. Was war geschehen? Ein nicht ganz unbekannter Politiker hatte sein Herz in der Zeitungsredaktion des Westfalen-Blatts ausgeschüttet. Seine sauerländischen Landsleute würden notorisch unterdrückt – von „ungerechter SPD-Politik“.

Damals war dem Olper CDU-Abgeordneten Hartmut Schauerte der Kragen geplatzt. Einmal in Schwung rechnete er vor: Im Rheinland werde für Kultur viermal so viel Geld ausgegeben wie in Westfalen. Das Pro-Kopf-Einkommen der Rheinländer liege mindestens zehn Prozent über dem der Westfalen. Am Rhein sei die Zahl der Gymnasiasten zehn bis 15 Prozent höher als an der Ruhr und ihren Nebenflüssen. Also die Devise: Weg vom Rheinland?

Schauerte war kein politisches Leichtgewicht oder ein Nobody. Der Jurist gehörte seit 1980 als mit deutlicher Mehrheit direkt gewähltes Mitglied dem Landtag an. Er amtierte als stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion und fungierte als deren finanzpolitischer Sprecher.

Der Zeitpunkt für seine Philippika gegen die schöne Benachteiligung war mit Bedacht gewählt: Nicht der Karneval des Jahres 1992, sondern der Ferienmonat August, wo Journa-

listen und Medienleute gemeinhin an sauren Gurken nagen. Der publizistische Donner Schlag im Sommerloch hallte in den Medien nach und schrillte in den Ohren der Unionsoberen. Die waren um Schadensbegrenzung bemüht. Der Rheinländer Linssen ätzte damals: „Origineller Vorschlag“ – vor allem zu einer Zeit, wo im politischen Raum „zunehmend mehr über eine Verringerung der Zahl der Bundesländer nachgedacht wird“.

„NESSIE“

So viel Zurückhaltung legten die Medien nicht an den Tag. In einem Kommentar in „Forum West“ las Peter Josef Bock seinen offenen Brief an den „sehr geehrten Herrn Hartmut Schauerte“ vor. In dem riet er dem „Berufs-Westfalen“, sein Wissen auch für die Trennung der Franken von Bayern, der Pfälzer vom südlichen Rheinland, der Badenser von den Württembergern und der Mecklenburger von den Vorpommern zur Verfügung zu stellen oder mit einem Drachenkostüm als Nessie zum Gaudi der Touristen aus dem heimischen Biggensee aufzutauschen. Das bringe genauso schöne Schlagzeilen.

Heute hat sich der Wind gedreht. Die CDU hat die Landtagswahl gewonnen und die SPD

abgelöst. Mit der notorischen Benachteiligung nicht nur der Sauerländer könnte jetzt Schluss sein. Könnte? Es ist noch zu früh für ein endgültiges Bild, denn Schwarz-Gelb ist noch nicht lang genug am Ruder, um die landsmannschaftlichen Folgen des Umstuerns zu erkennen.

Aber werden die Karten nicht nur neu gemischt – im alten Spiel? Das Ruhrgebiet werde von der neuen Landesregierung benachteiligt, hieß es in einer der letzten Plenardebatten. Die neue Opposition ließ vernehmen, die Menschen dort würden dafür bestraft, dass sie immer noch so störrisch rot wählen. Früher waren es die Menschen in den ländlichen Räumen Westfalens, die sich dafür abgestraft sahen, dass sie immer so fleißig schwarz wählen.

Höchste Zeit, dass die Prügelknabenrolle nicht neu besetzt wird. Die alles verbindende Kraft des Karnevals sollte sich entfalten: „Drink doch eine met, stell dich nit esu ahn ...“ Was – ein Lied aus dem rheinischen Karneval zur Versöhnung? Wo doch der westfälische Karneval so viel ursprünglicher, volkstümlicher und echter ist? Schon donnert es drohend zum Rhein herüber: „Westfalenland, Westfalenland ist wieder außer Rand und Band.“ Den Zorn der Westfalen sollte man nicht schon wieder wecken ...

JK



## Neuausrichtung weckt Erwartung

### SPD: Nach wie vor müssen die EU-Mittel bevorzugt ins Revier fließen

*Mit dem Jahr 2007 wird die Europäische Union (EU) ihre Regionalförderung umstellen. Die Mittel sollen nicht mehr in streng definierten Regionen („straßenscharf“ wurde das im Ausschuss genannt), sondern verstärkt auf das neue Zukunftskriterium „Innovation und Wissen“ ausgerichtet eingesetzt werden, damit Europa im globalen Wettbewerb bestehen kann. Was es für NRW und speziell für das Ruhrgebiet bedeutet, wenn neben dem Ausgleich unterschiedlicher Lebensverhältnisse ausdrücklich Wachstum als Ziel von Regionalpolitik definiert wird, darüber sprachen im Hauptausschuss (Vorsitzender Werner Jostmeier, CDU) zehn Experten, darunter der Leiter der Generaldirektion „Regionalpolitik“ bei der Brüsseler EU-Kommission, Michel-Eric Dufeil.*

Seine Stellungnahme sorgte für Information und Gesprächsstoff: Michel-Eric Dufeil (v.L.) von der Brüsseler EU-Kommission im Hauptausschuss.  
Foto: Schälte

**B**evor sich die Sachverständigen aus NRW darüber austauschten, ob die Neuausrichtung der EU-Förderung für das Land und für das Revier Chance oder Risiko sei, gab es erst einmal Entwarnung und Lob: Die Mittel aus Brüssel fließen im Großen und Ganzen für den Zeitraum von 2007 bis 2013 in derselben Höhe wie bisher. NRW könne sich sogar Hoffnung auf einen leicht erhöhten Rahmen machen. Diese Mittel seien, wie man sehen könne, in NRW gut und wirkungsvoll eingesetzt worden. Wenn die Kommission auf Beispiele von „best practice“ angesprochen werde, dann könne sie stets auf Projekte in NRW verweisen. Das erklärte ausdrücklich der Gast von der EU.

Dufeil unterstrich weiter, dass es neben inhaltlichen Änderungen auch Neuerungen in der Abwicklung gebe. Die Kommission setze darauf, dass die Gestaltungsbefugnis (Dufeil: „Alles beginnt vor Ort“) bei den Regionen oder Ländern liegt. Als Zweiter erst komme Brüssel – „in Dialog und Partnerschaft“, wie er wörtlich sagte. Die Regionen seien es auch, die die Balance zwischen Ausgleich und Wachstum zu finden haben: „Wir denken nicht, dass wir es besser als die Regionen wissen.“ Die Kommission bleibe aber nicht außen vor: „Wir prüfen die Übereinstimmung der gemeldeten Projekte mit den Zielen der EU.“ Gegen Wettbewerbs-elemente bei den Projekten innerhalb eines Landes habe man nichts, wenn dies gewollt sei.

Mit diesen Festlegungen trat der Mann aus Brüssel eine muntere Debatte los. Der Dortmunder Oberbürgermeister Dr. Gerhard Langemeyer nannte erfolgreiche Beispiele für den Strukturwandel in seiner Stadt. Das alles brauche Zeit: Das Technologiezentrum habe 20 Jahre benötigt. „Durchhaltevermögen in der Politik und einen langen Atem“, nannte der OB als Voraussetzungen fürs Gelingen. Nach entsprechender Frist müssten die geschaffenen Strukturen sich selbst tragen können: „Investieren, nicht subventionieren“, laute die Devise. Nicht nur High-Tech-Projekte sollten gefördert werden, sondern auch das Vorhaben der „sozialen Stadt“ dürfe man nicht aus dem Auge verlieren. Hanns-Ludwig Brauser von der Projekt Ruhr GmbH verwies darauf, dass viele jüngere und besser qualifizierte Menschen das Ruhrgebiet verlassen hätten, darauf müsse man reagieren.

#### KOMPETENZFELDER

Es gebe im Ruhrgebiet einen großen Konsens über Gebiete und Ziele der Förderung – bisher und künftig. Die neue Ausrichtung werde als Chance gesehen, „außerhalb von starren Grenzen Mittel einzusetzen“. Die Kompetenzfelder der Region umriss er mit Chemie, Energie, Logistik, Medizintechnik und Informationstechnologien.

Der Entschluss zu Wettbewerb und die Aufgabe starrer Fördergebiete lässt in Gegenden um das Ruhrgebiet herum Hoffnung keimen. Sprecher aus dem angrenzenden Münsterland und dem bergischen Raum, die sich seit längerem gegenüber ihrer Nachbarschaft benachteiligt sehen, forderten Gleichbehandlung ein. Sie hielten nichts davon, nur auf neue Technologien zu setzen, sondern verlangten, das Wachstumspotenzial der traditionellen Sparten der Region ebenfalls heranzuziehen. Dem Gebiet zwischen Ruhrgebiet und Rheinschiene gehe es seit 15 Jahren nicht besser: Nur Gelsenkirchen habe noch schlechtere Indikatoren als das Städtedreieck Wuppertal/Solingen/Remscheid. „Wir wollen nicht jammern, aber wir fordern Chancengleichheit ein“, war aus diesem Raum zu vernehmen.

Das wird spannend. Die SPD ist in ihrem Antrag (Drs. 14/467), der Grundlage der Anhörung war, der Auffassung, dass der Strukturwandel des Ruhrgebiets „eine der zentralen politischen Aufgaben der Landes-, Bundes- und der europäischen Regionalpolitik ist und bleibt“. Die Landesregierung erkenne dem Ruhrgebiet jedoch nur den Status einer von mehreren regionalen Schwerpunktreionen zu. Dazu die Antragsteller: „Eine solche Einordnung wird dieser vom Strukturwandel besonders betroffenen Region nicht gerecht und vom Landtag abgelehnt.“ Die weiteren Beratungen werden zeigen, ob die Mehrheit der Abgeordneten auch dieser Meinung ist. **JK**

## Detailfragen – nicht so ganz ohne

### Experten diskutierten Hochschulfinanzierung im Wissenschaftsausschuss

*Nordrhein-Westfalens Universitäten und Fachhochschulen begrüßen die Einführung von Studiengebühren. Generelle Kritik an der geplanten Regelung, pro Semester bis zu 500 Euro von den Studenten zu verlangen, gab es bei der Anhörung im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Vorsitz Dr. Michael Vesper, GRÜNE) nur von einzelnen Experten – und natürlich von den Vertretern der Studierenden.*

Sie müssen sicherstellen, dass das Geld nicht beim Finanzminister, sondern den Hochschulen landet. Und dort für die Verbesserungen der Studienbedingungen verwendet wird“, schlug Professor Bernhard Kempen für den Hochschulverband vor. Änderungen am Hochschulpakt und damit der Hochschulfinanzierung seien unter Parlamentsvorbehalt zu stellen. Gemeinsam mit dem Sprecher der Kanzlerkonferenz, Gerhard Müller, plädierte er für ein Stipendiensystem: „Das hätte dem Gesetz gut zu Gesicht gestanden.“

Professor Dr. Volker Ronge machte als Sprecher der Landesrektorenkonferenz auf die Sonderproblematiken Teilzeitstudium und Spitzensport aufmerksam. Hier gelte es Lösungen zu finden. Ebenso wie für die so genannten „refinanzierten Fachhochschulen“. Dort gebe es, so der Sprecher der FH-Rektoren, Professor Dr. Joachim Metzner, zehntausend Studenten, denen die NRW.BANK kein Darlehensangebot mache: „Damit können wir de facto keine Gebühren einführen – obwohl wir wollen.“

Größte Knackpunkte scheinen Ausfallfonds und Darlehensfinanzierung zu sein. Mit Professor Dr. Bodo Pieroth und Professor Dr. Johannes Hellermann versuchten zwei Rechtsexperten, die „Bauchschmerzen“ ob einer möglichen Quersubventionierung und der Verzinsungsproblematik zu präzisieren. Dass trotz völkerrechtlichen Anspruchs auf ein unentgeltliches Studium Gebühren möglich sind, war schnell belegt. Bedenken hatten die Juristen an drei Punkten. So sahen sie eine Verzinsung nur in Höhe des Inflationsausgleichs als machbar an, wiesen auf den Vertrauensschutz für bereits immatrikulier-

te Studenten hin und hatten bei der „Delegation einer solch wesentlichen Entscheidung an die Hochschulen durch den Gesetzgeber“ verfassungsrechtliche Bedenken.

Grünes Licht gab es von der NRW.BANK. Vorstandsmitglied Ernst Gerlach stellte als Eckpunkte der Finanzierung möglichst geringe Zinsen, einen geringen Verwaltungsaufwand und für die Studenten ein einfaches Verfahren vor. „Dabei unterliegen wir einem Abschlusszwang, dürfen keine Gewinne machen und keine Bonitätsprüfung vornehmen“, stellte er klar.

Das könne nur ein Konstrukt wie die NRW.BANK. In jedem anderen Falle entstünden höhere Kosten und es gebe datenschutzrechtliche Bedenken.

Eine Argumentation, der auch die NRW-Datenschutzbeauftragte Bettina Sokol folgte. Sie plädierte für eine enge Zweckbindung und kurze Speicherdauer. Kritik am Finanzierungsmodell gab es seitens des Bundesverbandes deutscher Banken. Deren Vertreter Thomas Lorenz sah die private Bankenwirtschaft diskriminiert, musste allerdings einräumen, kein gleichwertiges Angebot machen zu können: „Natürlich prüfen wir in jedem Fall die Bonität.“

Kategorische Ablehnung fanden die Pläne der Koalition bei den studentischen Vertretern. Sie befürchteten einen „Paradigmenwechsel“, halten die 500 Euro bloß für den Einstieg. Durch fehlende Anpassung der Bafög-Unschädlichkeitsgrenzen treibe man Studenten in die Verschuldung. Verdrängungseffekte im dualen Ausbildungssystem machten das Ganze zur Milchmädchenrechnung. Ein Szenario, das Professor Dr. Bernhard Nagel anhand von Erfahrungen aus Österreich zu stützen suchte. Studierende würden im Zweifel noch mehr arbeiten, ehe sie Schulden machen, so die AStA-Experten. „Außerdem schätzen Sie die sozio-ökonomische Situation der Studenten viel zu gut ein.“ Besonders große Nachteile fürchten sie für „ineffektive“ Studenten wie Ausländer und Behinderte. Auch Frauen sehen sie als Opfer der Gebühren. „Zumindest eine Befreiungsquote“, forderte auch Dr. Ute Zimmermann namens der Gleichstellungsbeauftragten.

Wenig Vertrauen in die Hochschulgremien hatte in diesem Zusammenhang auch der Vertreter der Personalräte. Der Staat verabschiede sich aus der Verantwortung für die Hochschulen, fürchtete auch er, forderte die Politiker jedoch auf, dann wenigstens die Gebühren festzuschreiben und für eine ausgeglichene Besetzung der Prüfungsgremien zu sorgen. **voK**

Das Abwarten ist vorbei, jetzt wissen die Studierenden, was auf sie zukommt. Die Hochschulen jedenfalls werden das Instrument der Erhebung von Studiengebühren einsetzen.

Foto: Schälte



## Frage nach dem Wohl der Kinder

### Experten plädieren für Qualität bei der Betreuung der Kleinsten

*Für Kinder im Alter von unter drei Jahren ist spätestens bis 2010 ein bedarfsgerechtes Angebot von Plätzen in Kindertagesstätten oder in der Tagespflege zu gewährleisten. So steht es im 2004 auf Bundesebene verabschiedeten Tagesbetreuungsbaugesetz. Dementsprechend plant die Landesregierung, bis zum Ablauf der Frist für 20 Prozent aller Unterdreijährigen ein Betreuungsangebot zu schaffen. Die genaue Ausgestaltung des Vorhabens beschäftigte den Ausschuss für Generationen, Familie und Integration (Vorsitz Andrea Milz, CDU) sowie geladene Sachverständige in einer Anhörung.*

Kurze Beratungsrunde mit der Ausschussvorsitzenden Andrea Milz (L.): Die vier Sprecher der Parteien (v.r.) Marie-Theres Kastner (CDU), Christian Lindner (FDP), Britta Altenkamp (SPD) und Andrea Asch (GRÜNE).

Foto: Schälte

Der Ausbau von qualitativ hochwertigen Betreuungsangeboten sei nicht nur die Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern sichere auch den Kindern durch frühe Förderung bessere Entwicklungschancen, formuliert der Antrag der SPD-Fraktion „80.000 Betreuungsplätze bis 2010 schaffen – Ausbau der Betreuung von Unterdreijährigen beschleunigen“ (Drs. 14/195), der die Grundlage der Anhörung bildete. Nach dem Bundesgesetz ruht die Betreuung künftig auf den Säulen Kindertagesstätte und Pflege durch Tageseltern. Der erhöhte Personalbedarf kann unter anderem durch den Einsatz von Praktikanten oder Ehrenamtlichen ergänzt werden.

Die Sachverständigen beschäftigte insbesondere die Frage der Qualitätssicherung in der Tagespflege. „Bei der Ausbildung der Tagesmütter bestehen Mängel“, erklärte Peter Renzel, Jugendamtsleiter in Essen. Die Verantwortung dafür solle möglichst weit in kommunale Hand gelegt werden.

Dr. Susan Tuchel vom Verband berufstätiger Mütter lobte das dänische Modell. Im deutschen Nachbarland sind die Tageseltern städtische Angestellte. „Die Kernbegriffe in diesem Zusammenhang sind Institutionalisieren und Qualifizieren“, so Tuchel. Das Pflegepersonal solle an eine Fachvermittlungsstelle angebunden und aus der Grauzone herausgeholt werden, fand auch Bettina Konrath vom Lan-

desverband der Kindertagespflege in NRW, denn: „Qualität gibt es nicht umsonst.“

Andrea Asch (GRÜNE) regte an, die Betreuung der Unterdreijährigen zum konstituierenden Bestandteil der von der Landesregierung geplanten Familienzentren zu machen. Dies sei bislang nicht der Fall.

Die in der Betreuung einzusetzenden Ehrenämter thematisierte Georg Geist, der die Stadtverwaltung von Bergisch-Gladbach vertrat. „Sicherlich ist Elternbildung notwendig. Jedoch nicht als Notstopfen für den Mangel an Fachpersonal“, kritisierte er. Bergisch-Gladbach stelle bereits trotz Haushaltssicherungskonzept für ein Drittel der Unterdreijährigen einen Betreuungsplatz bereit.

In der Kita ist die kleine altersgemischte Gruppe gegenwärtig die Standardform. Von diesem Modell wünschten sich die Experten mehr Flexibilität. Derzeit sind die Plätze einzig ganztags wahrnehmbar, anstatt wie von Christian Lindner (FDP) gewünscht, auch halbtags oder stundenweise.

Jedoch birgt auch dieser Ansatz Probleme. Die Kleinsten lernten primär über die Affekte, erläuterte Dr. Gabriele Trost-Brinkhues vom Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte. Deswegen benötigten sie die vertrauensvolle Beziehung zu dauerhaft präsenten Bezugspersonen. Ganztägige Öffnungszeiten erfordern jedoch ein Mehrschichtensystem des Personals.

Marie-Theres Kastner (CDU) stellte die Frage nach dem Kindeswohl. „Welche Kinder können den Alltag in einer Tagesgruppe bewältigen, ohne Schaden zu nehmen?“ wollte sie von den Experten wissen.

„Die These, dass Fremdbetreuung immer negativ sein muss, ist unhaltbar“, erklärte Professor Dr. Cornelia Giebeler vom Bereich Sozialwesen der Fachhochschule Bielefeld. Vielmehr sei es so, dass die Kita das gemeinsame Meistern von Alltagsproblemen lehre und bei Kindern mit Migrationshintergrund den frühzeitigen Erwerb der deutschen Sprache fördere.

#### KOMPENSATION

„Es gibt gerade im Low-Income-Bereich viele Familien, in denen ein Tagesbetreuungsplatz kompensieren kann und muss, was die Eltern ihren Kindern an Erziehung und Bildung nicht mitgeben können“, meinte Renate Hendricks von der SPD-Fraktion.

„Der Bedarf nach Fremdbetreuung nimmt in Zukunft eher zu, da das System Familie immer weniger belastbar wird“, prognostizierte der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege, Uwe Becker. Die Träger bräuchten an dieser Stelle finanzielle Planungssicherheit, idealerweise durch eine Kopfpauschale pro zu betreuendem Kind. YV

## +++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependance des Landtags, der Villa Horion, ist für den 20. März 2006 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter 0211/884-4444 erforderlich.

+++

Die Forderung der Fraktion der SPD, das bisherige Landesprogramm „Eine-Welt-Promotoren“ in NRW auch in den nächsten Jahren fortzuführen (Drs. 14/711), wurde vom **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** (Vorsitz Andrea Milz, CDU) mehrheitlich abgelehnt. Integrationsminister Armin Laschet (CDU) und die Regierungsfractionen schlossen eine weitere Förderung von Eine-Welt-Projekten jedoch nicht aus. Man beabsichtige aber eine neue Akzentuierung. Nötig sei auch eine dauerhafte Qualitätskontrolle der Programme. Besonders Augenmerk werde auf die Abdeckung des ganzen Landes mittels zwölf Regionalstellen gelegt. Die Fortführung der vorhandenen Strukturen sei bis Ende Oktober 2006 gesichert.

+++

Rund 30.000 Menschen werden jährlich in NRW gegen ihren Willen in eine psychiatrische Einrichtung eingewiesen. Das sind doppelt so viele wie in den 80er-Jahren, so eine von der Landesregierung in Auftrag gegebene Studie der Universität Siegen. Studienleiter Professor Dr. Michael Regus informierte jüngst den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) über die Ergebnisse. Das Gesundheitsministerium kündigte an, die Praxis der Zwangseinweisungen in psychiatrische Krankenhäuser jetzt auf den Prüfstand stellen zu wollen. „Die zwangsweise Einweisung in ein psychiatrisches Krankenhaus stellt einen erheblichen Eingriff in die Freiheitsrechte eines Menschen dar und muss die absolute Ausnahme bleiben“, erklärte Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU).

+++

„Was des Ornithologen Freud's ist des Anglers Leid“ – zumindest im Falle der Kormorane. Stellten die Kormorane Anfang der 90er-Jahre hierzulande noch eine Ausnahmeerscheinung dar, so werden heute in den Herbst- und Wintermonaten bis zu 8.000 dieser Fischjäger in NRW gezählt. Insbesondere der heimischen Fischereiwirtschaft ist diese Ent-

wicklung ein Dorn im Auge. Auch Landesumweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) sieht Handlungsbedarf und stellte dem **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) jetzt Pläne für eine so genannte „Kormoran-Verordnung“ vor. Demnach sollen die Vögel „zum Schutz der heimischen Tierwelt und zur Abwendung erheblicher fischereiwirtschaftlicher Schäden“ von Mitte September bis Mitte Februar für Jäger zum Abschuss frei gegeben werden. Als oberste Fachbehörde für Fischerei und Naturschutz hält das Ministerium den Erlass einer landesweiten Verordnung für notwendig. Diese soll den aus dem Jahre 2001



Illustration: h,m

stammenden „Kormoran-Erlass“ ablösen. Die Verbändeanhörung sei bereits abgeschlossen; nun muss der Verordnungsentwurf noch ins Kabinett.

+++

Die Serie von Anhörungen im **Ausschuss für Bauen und Verkehr** (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD) geht weiter: Thema der Expertenanhörung am 2. März wird die Ausgleichsabgabe sein. Hierzu liegen zwei Gesetzentwürfe vor: „Gesetz zur Änderung des Zweiten Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen für das Land NRW“ (Drs. 14/706), Entwurf der SPD-Fraktion, sowie „Gesetz zur Änderung des Fehlbelegungsrechts für das Land NRW“ (Drs. 14/795), Entwurf der Landesregierung. Sitzungsbeginn ist um 10 Uhr im Plenarsaal.

+++

Bei der Vermietung der Messehallen in Köln habe die Stadt weder gegen Vergaberecht

verstoßen noch habe sie die Grundstücke unter Wert verkauft. Demnach stehe auch die Wirksamkeit der geschlossenen Verträge außer Frage. Das berichtete Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) gestern im **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform** (Vorsitz Edgar Moron, SPD) und bestätigte damit ein Gutachten der Bezirksregierung. Dennoch stellte das Ministerium der Stadt kein gutes Zeugnis aus. Sie habe formal gegen die Anzeigepflicht verstoßen. Der Mietvertrag hätte der Bezirksregierung als Aufsichtsbehörde gemeldet werden müssen. Ein Sprecher des Innenministeriums erklärte, die Stadt habe sich bei der Aufklärung nicht sonderlich kooperativ gezeigt. Allerdings habe die Kommunalaufsicht auch nicht die Möglichkeiten der Staatsanwaltschaft, weitere Ermittlungsergebnisse von Dritten einzusehen. Bislang habe es die Staatsanwaltschaft mit Blick auf das laufende Messe-Ermittlungsverfahren abgelehnt, Einzelheiten an die Kommunalaufsicht weiterzugeben.

+++

„Erstes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land NRW“ – hinter diesem Titel verbirgt sich der in der Vergangenheit bereits viel diskutierte Gesetzentwurf von CDU und FDP (Drs. 14/569) zur Einführung eines Kopftuchverbots für Lehrerinnen an nordrhein-westfälischen Schulen. Der

**Hauptausschuss** (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU) und der **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** werden sich diesem Thema jetzt im Rahmen einer öffentlichen Experten-Anhörung widmen. Die Sitzung ist für den 9. März, 10 Uhr, im Plenarsaal anberaumt.

+++

Die Weltmeisterschaften in den sieben Pferdesportdisziplinen (Springen, Dressur, Eventing, Fahren, Distanzreiten, Voltigieren und Reining), die FEI World Equestrian Games, finden vom 20. August bis 3. September 2006 in Aachen statt. Über den aktuellen Stand der Vorbereitungen des diesjährigen Sportereignisses informierte der Geschäftsführer der Aachener Reittournee GmbH, Michael Mronz, die Mitglieder des **Sportausschusses** (Vorsitz Axel Wirtz, CDU). Bis zum heutigen Zeitpunkt wurden bereits 300.000 Tickets verkauft, insgesamt werden 500.000 Besucher aus 80 Nationen erwartet, so Mronz. Das aktuelle Gesamtbudget für die Weltmeisterschaften des Pferdesports belaufe sich auf etwa 39 Millionen Euro, wovon das Land NRW 7,5 Millionen Euro zur Verfügung stelle. 



# Widerstand gegen Privatisierungspläne

## Sachverständige debattieren über Zukunft des öffentlichen Banksektors

*„Reform des Sparkassenrechts darf nicht zur Zerschlagung des Sparkassensystems in NRW führen“ – so lautet der Titel eines Antrags der SPD-Fraktion (Drs. 14/202), der jetzt Anlass für eine Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss (Vorsitz Anke Brunn, SPD) war. Es ging vor allem um die von der Landesregierung gestellte Frage, ob eine (teilweise) Privatisierung des Sparkassensystems zugelassen werden soll. Erwartungsgemäß sprachen sich die Sparkassen für den Erhalt des bisherigen Geschäftsmodells aus, während die privaten Banken Reformen als überfällig anmahnten.*



Staat“ ernst nehmen und sich für eine Novelle stark machen.

Für Aufregung sorgte die Rating-Agentur Fitch Deutschland GmbH: „Da nicht zu erkennen ist, dass die WestLB in ihrer gegenwärtigen Aufstellung nachhaltige Gewinne erwirtschaften kann, ist vertikale Integration gerade in NRW ein Geschäftsmodell, das das Land zukünftig entlasten und aus WestLB und Sparkassen eine schlagkräftige Einheit formen könnte“, heißt es in ihrer Stellungnahme. WestLB-Chef Fischer hielt dagegen: „Wir schreiben Gewinne.“ Sein Haus bekräftigte das Ziel eines Vorsteuer-Gewinns von rund 600 Millionen Euro für 2005, der im laufenden Jahr übertroffen werde soll. Es sei „nicht schön“, wenn die Mitarbeiter durch solch „flapsige Bemerkungen“ verunsichert würden, so Fischer.

„Die Vielfalt der Meinungen setzt eine sorgfältige Analyse voraus und zeigt, dass noch Klärungsbedarf besteht“, konstatierte Christian Weisbrich (CDU) zum Ende der Anhörung. „Jetzt sind keine Schnellschüsse gefragt.“ Gisela Walsken (SPD) sah die Haltung ihrer Fraktion durch die Anhörung bestätigt: „Wir werden darüber nachdenken, ob wir überhaupt eine grundlegende Reform des Sparkassenwesens brauchen. Wichtiger wäre es, im Rahmen des vor fünf Jahren reformierten Sparkassengesetzes den Sparkassen mehr Flexibilität einzuräumen.“

Der GRÜNE-Finanzexperte Rüdiger Sagel sprach sich gegen Privatisierungspläne aus: „Vor dem Hintergrund mancher Privatisierungsphantasien ist es wichtig, die Nähe der Sparkassen zu den Kommunen auch dadurch zu stärken, dass Ausschüttungen erleichtert werden.“ Angela Freimuth (FDP) kam zu einem anderen Fazit: „Die Expertenanhörung zeigt deutlich, dass eine Modernisierung des Sparkassenrechts erforderlich ist. Die FDP-Fraktion begrüßt, dass Finanzminister Linssen sich dieser Aufgabe ohne Denkverbote annehmen will.“

ax

Denkverbote“ dürfe es in dieser Frage nicht geben, hatte Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) in den vergangenen Wochen wiederholt erklärt und damit für Unruhe bei den landesweit 112 Sparkassen und ihren rund 66.000 Beschäftigten gesorgt. Mit Hilfe eines novellierten Sparkassengesetzes plant die schwarz-gelbe Landesregierung eine „Optimierung der bisher bewährten Sparkassenbetriebe“.

Alle Überlegungen, die Sparkassen für privates Kapital zu öffnen, stießen innerhalb der Sparkassenfamilie sowie bei den sie tragenden Gemeinden auf Kritik. Dr. Karlheinz Bentele und Dr. Rolf Gerlach, Präsidenten des Rheinischen bzw. des Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverbandes, warnten in der Anhörung vor einer Zerschlagung des Sparkassensystems und der Privatisierung einzelner Betriebe. „Wir haben überhaupt keine Zweifel, dass das geltende Sparkassengesetz europatauglich ist“, sagte Bentele. Das Modell der selbstständigen öffentlich-rechtlichen Sparkasse in kommunaler Trägerschaft sei „hocheffizient“ und für die Kommunen „unverzichtbar“.

Rückendeckung erhielten sie von den Vertretern der drei kommunalen Spitzenverbände und dem Vorstandsvorsitzenden der WestLB, Dr. Thomas Fischer. „Wir wollen keine vertikalen Fusionen, das ist betriebswirtschaftlicher Unsinn. Wir brauchen auch keine Privatisierung“;

betonte Fischer. Vielmehr gehe es darum, das bereits bestehende Verbundsystem der WestLB mit den Sparkassen auszubauen.

Das wiederum rief die Vertreter des privaten Banksektors auf den Plan. „Wettbewerb ist ein Prozess schöpferischer Zerstörung“, erklärte Dr. Henner Puppel für die Bankenvereinigung NRW. Bei einer Reform des Sparkassenrechts dürfe das bestehende Drei-Säulen-Modell aus Sparkassen, Genossenschafts- und privaten Banken nicht weiter als „unantastbar“ erklärt werden. „Es kann nicht sein, dass öffentlich-rechtliche Geldinstitute Privatbanken übernehmen dürfen, dies umgekehrt aber nicht möglich ist.“

Offene Türen rannte er damit bei dem Düsseldorfer Oberbürgermeister Joachim Erwin ein: „Wenn alle einig sind, dass Sparkassen sich dem Markt zu stellen haben, dann sollte man auch beim Sparkassengesetz nach den Marktregeln vorgehen und nicht Schutzzäune definieren.“ Die Landesregierung solle ihr Motto „Privat vor

Die Experten haben das Wort – Blick durch die Reihe der Abgeordneten auf die zum Sparkassenrecht eingeladenen Sachverständigen. Dahinter die Zuhörer.  
Fotos: Schälte



CDU

## CDU: Mehr Autonomie für die Hochschulen

Die NRW-Hochschulen müssen wieder zu Impulsgebern für Forschung, Entwicklung und Innovationen werden“, fordert Michael Brinkmeier, hochschulpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. Der internationale Wettbewerb stelle unsere Hochschulen vor immense Herausforderungen. Brinkmeier: „Diese Herausforderungen sind nur dann zu bestehen, wenn die Hochschulen neben einer hinreichenden finanziellen Ausstattung zugleich die Freiheit erhalten für schnellere Entscheidungen, unbürokratische Handlungsmöglichkeiten, effektiven Ressourceneinsatz und strategische Eigenverantwortung.“



Die neue Landesregierung schaffe mit dem geplanten Hochschulfreiheitsgesetz die notwendigen Rahmenbedingungen. „Das Gesetz ist die Grundlage für einen Systemwechsel in der Hochschulpolitik hin zu mehr Freiheit und Verantwortung. Wir geben den Hochschulen ein Höchstmaß an Gestaltungs- und Entfaltungsfreiheit. Jede einzelne Hochschule soll in die Lage versetzt werden, für sich selbst den besten Weg zu einem starken Profil, zu mehr Exzellenz sowie zu bester Ausbildung und Lehre zu beschreiten.“

SPD

## SPD: Ruhrgebiet lässt sich von Rüttgers' Versprechen nicht täuschen

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Ralf Jäger, hat die von Ministerpräsident Rüttgers angekündigte Initiative Zukunft Ruhr als großes Täuschungsmanöver zum Schaden des Ruhrgebiets bezeichnet. Jäger: „In Wahrheit macht die Regierung Rüttgers das Ruhrgebiet zum großen Verlierer. Denn in einem Wettbewerb um Fördergelder hat das Ruhrgebiet nicht die gleichen Startchancen wie andere Regionen des Landes. Die Folge wird sein, dass die Mittel vom Ruhrgebiet abfließen werden. Es ist verlogen, wenn der Ministerpräsident etwas anderes vorgaukelt. Es wird immer deutlicher: Die Landesregierung ist anders als früher nicht mehr der verlässliche Partner des Ruhrgebiets.“ Das zeige sich auch daran, dass Rüttgers an die Strukturen des Regionalverbandes Ruhr (RVR) heranwolle. „SPD und CDU gemeinsam haben 2004 den RVR in der heutigen Form als Klammer für das Ruhrgebiet gesetzlich geregelt. Rüttgers kündigt hier einseitig seine Zusagen auf“, so Jäger. Alle NRW-Ministerpräsidenten seit Johannes Rau hätten mit ihrem Wort dafür gestanden, dass trotz tiefer Einschnitte im Strukturwandel niemand ins Bergfreie gefallen sei. „Auf ein ehrliches Wort des Ministerpräsidenten können sich die Menschen im Revier heute nicht mehr verlassen. Die Landesregierung verlangt stattdessen politische Gefolgschaft, sonst gibt es kein Geld. Darüber kann Rüttgers nicht hinwegtäuschen“, betonte der SPD-Fraktionsvize.

GRÜNE

## GRÜNE: Bald Waldmaut in Nordrhein-Westfalen?

Es klingt wie ein Aprilscherz, ist aber keiner: In NRW wird die Einführung einer „Waldmaut“ diskutiert. In Zukunft könnte es sein, dass VeranstalterInnen von Volksläufen, organisierten Wanderungen, Radtouren usw. eine Gebühr entrichten müssen.

Auslöser für die Überlegungen ist die Waldpolitik der Landesregierung: Diese kündigt einen jahrzehntelangen Konsens auf und möchte die bisher kostenlose Beratungsleistung des Landesbetriebs Wald und Holz für private und kommunale WaldbesitzerInnen abschaffen. Ein entsprechender Entwurf zur Änderung des Landesforstgesetzes ist bereits in den Landtag eingebracht.

Im Gegenzug denken Kommunen und private WaldbesitzerInnen, denen über 80 Prozent des Waldes in NRW gehören, über die „Waldmaut“ nach. Damit wird das gesetzlich garantierte Betretungsrecht des Waldes für alle Menschen ausgehebelt. In einem dicht besiedelten Land wie NRW ist der Wald, der immerhin 27 Prozent der Landesfläche bedeckt, der wichtigste Naherholungsraum. Die Erhaltung des Waldes ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, deren Kosten nicht auf Erholungssuchende und WaldbesitzerInnen abgewälzt werden darf.

Dieser Vorstoß der Landesregierung verursacht vor allem zusätzliche und überflüssige Bürokratie, deren Kosten die Einnahmen für das Land wahrscheinlich deutlich übersteigen und bei Erholungssuchenden, FörsterInnen und WaldbesitzerInnen vor allem Frust auslösen wird.

Die Grüne Fraktion hat sich mit dem Thema beschäftigt und einen entsprechenden Plenarantrag formuliert, damit die Menschen im Land nicht auf diese Weise abkassiert werden und der Wald für alle offen bleibt.

FDP

## Brockes im Vorstand der Liberalen im Ausschuss der Regionen der EU

Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Dietmar Brockes, ist in den Vorstand der ALDE-Fraktion im Ausschuss der Regionen (AdR) der Europäischen Union gewählt worden. Damit ist Brockes nicht nur das erste FDP-Vollmitglied im AdR, sondern auch der erste FDP-Politiker im Vorstand der Fraktion der Liberalen und Demokratischen Partei Europas (ALDE).

Gerhard Papke beglückwünschte Brockes im Namen der FDP-Fraktion zu seinem neuen Amt und begrüßte, dass die Belange Nordrhein-Westfalens damit in Europa hervorragend vertreten seien und in Zukunft sicherlich mehr Gehör fänden. „Ich möchte dazu beitragen, dass die Interessen Nordrhein-Westfalens verstärkt auch aus liberaler Perspektive in Europa vertreten werden“, sagte Brockes.

Der Ausschuss der Regionen vertritt die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der Europäischen Union und setzt sich aus den Fraktionen vier politischer Gruppierungen zusammen. Die liberale Fraktion von knapp 100 Mitgliedern bestand bis Anfang des Jahres ausschließlich aus Abgeordneten anderer Länder. Seit Brockes Anfang des Jahres vom Landtag Nordrhein-Westfalen zu dessen Vertreter im AdR bestellt wurde, ist die deutsche FDP zum ersten Mal in dem ständigen Brüsseler Gremium vertreten.



Am 2. Februar wurde Brockes zusätzlich als Beisitzer in den achtköpfigen Fraktionsvorstand unter dem Vorsitz von Rotterdams Bürgermeister Ivo Opstelten gewählt.



## Porträt der Woche: Johannes Remmel (GRÜNE)

Nach Auffassung von Johannes Remmel ist die grüne Landtagsfraktion in der Opposition angekommen. Und Remmel muss es wissen. Er ist alter und neuer Parlamentarischer Geschäftsführer der auf zwölf Landtagsabgeordnete geschrumpften GRÜNE-Fraktion. Nach seiner Meinung sind die Grünen derzeit sogar die einzig wahre Opposition im Düsseldorfer Parlament. Doch Remmel macht keinen Hehl daraus, dass ihm Regieren weitaus lieber war als das Drücken der harten Oppositionsbänke: „Schon auf Grund der Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren gesammelt haben, tut es weh, dass wir jetzt nicht mehr gestalten können.“

Der pragmatische Remmel nutzt den analytischen Blick zurück nur, um nach vorn zu schauen. Jetzt gehe es darum, „auf der langen Strecke bis 2010 alles richtig“ zu machen, um möglichst viele Wähler zurück zu gewinnen. „Kernthemen bleiben bei uns Umweltfragen und Verbraucherschutz. Eine zentrale Rolle wird die Energiepolitik spielen“, ist er sich sicher. Ob die Grünen sich schließlich als Alternative zu Rot mit der Union anfreunden können, bleibt vier lange Jahre vor dem Wahltag offen. Immerhin, meint Remmel, der aus einem katholischen Elternhaus kommt, bei der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg war und sich mit der Theologie der Befreiungslehre auseinandergesetzt hat, dass er „Heiner Geissler und auch Norbert Blüm gut zuhören“ könne. Der Grüne: „Da habe ich eine gewisse Nähe.“

Dem 44-jährigen Remmel liegt seine Aufgabe ganz offensichtlich. Mit akribisch exakter Arbeit und Geschick verstand er es in der letzten Legislaturperiode, hinter den Kulissen die Fäden zu

ziehen. Dabei hatte an der Wiege des Siegeners wohl niemand an eine politische Karriere gedacht. Remmel war Messdiener und nach der Pfadfinderzeit Vorsitzender des Allgemeinen Studentenausschusses an der Siegener Uni, als er dort Geschichte, katholische Theologie und Sport studierte. Als sein Sohn David Wilhelm geboren wurde, entschied sich Remmel für anderthalb Jahre Hausmanns-Arbeit, um danach mehrere publizistische Arbeiten und verschiedene Lehraufträge zu übernehmen.

Parteipolitisch war sein Weg konsequent und folgerichtig. Er erkannte bei Gründung der Grünen sofort: „Das ist meine Partei.“ So trat er 1983 in die neue Partei ein. Bereits 1984 arbeitete er als sachverständiger Bürger – zunächst im Schul-, dann im Verkehrsausschuss mit – ehe er 1989 Ratsmitglied wurde. 1994 half Remmel dann maßgeblich mit, die erste rot-grüne Koalition in Siegen auszuhandeln. Getragen vom allgemeinen Aufschwung der Partei bewarb sich der Grüne um ein Landtagsmandat und landete am Wahlabend 1995 überraschend, aber glücklich mit Platz 24 im Düsseldorfer Parlament.

Der junge Abgeordnete fand sich rasch im System zurecht. Er wurde tourismuspolitischer Sprecher, lernte dabei Land, Leute und Strukturen kennen, erwarb sich als Vorsitzender der „Enquete-kommission Zukunft der Mobilität“ Anerkennung, wurde 1997 umweltpolitischer Sprecher, danach Mitglied des Fraktionsvorstandes, 1999 finanzpolitischer Sprecher und ist seit 2000 parlamentarischer Geschäftsführer. Ruhig und bedacht managt er in seiner pragmatischen und gleichzeitig vermittelnden Art die Fraktionsarbeit.

Obwohl über die Landesliste in das Düsseldorfer Parlament gelangt, fühlt sich Remmel durchaus als Wahlkreisabgeordneter. Er hält in seinem Wahlkreis Sprechstunden ab und ist ständig vor Ort zu erreichen. „Ich vertrete die Interessen der Region in Düsseldorf und versuche, Düsseldorfer Entscheidungen in meinem Wahlkreis verständlich zu machen“, sagt er.

Da Remmel zumeist täglich zwischen seiner Heimatstadt Siegen und Düsseldorf mit öffentlichen Verkehrsmitteln pendelt, muss die Zeit für Frau und zwei Kinder sowie Hobbys gut eingeteilt werden. Am besten entspannen kann er bei der Gartenarbeit, „da kommen mir die besten Gedanken“. Tomatenhäuschen, Beerensträucher und vor allem Erdbeeren sind sein ganzer Stolz. Jetzt hat Remmel noch ein Hobby. Als seine Frau zu rauchen aufhörte, verlangte sie von ihrem Mann, dass er für das eingesparte Geld Reitstunden nimmt. So steigt Johannes Remmel einmal pro Woche aufs Pferd. Das mache sogar Spaß, gesteht er mit etwas schiefem Grinsen und fügt mit einem jugendlichen Lacher über die bisher erworbenen Reitkünste hinzu: „Ich bin froh, wenn ich nicht runterfalle.“

**Autorin:**  
*Gerlind Schaidt*



## Spiegel der Parlamentsarbeit

*Noch besser und übersichtlicher als bisher präsentiert sich im Internet der Parlamentspiegel, das gemeinsame Parlamentsinformationssystem der deutschen Landesparlamente.*

Zu allen Themen der deutschen Landespolitik seit 1980 können Querschnittinformationen mit einer einfachen Suchmaske abgerufen werden. Eine erweiterte Suchmaske ermöglicht spezielle Recherchen, etwa nach Gesetzgebungsverfahren, nach Initiativen einzelner Fraktionen oder Abgeordneter oder nach vorgegebenen Sachgebieten.

Rund eine Million Quellen in Parlamentspapieren führt der Parlamentspiegel zu rund 400.000 parlamentarischen Beratungsvorgängen zusammen. Für die tägliche Aktualisierung dieses einzigartigen Parlamentsinformationssystems sorgen die beteiligten Parlamente. Das Management des Systems erledigt der Landtag von Nordrhein-Westfalen.

„Der Parlamentspiegel ist ein Spiegel unseres föderalen staatlichen Systems. In ihm werden einerseits die politischen Besonderheiten der Bundesländer nachvollziehbar, andererseits ermöglicht er eine vergleichende Beobachtung der politischen Auseinandersetzung“, mit diesen Worten beschreibt Landtagspräsidentin Regina van Dinther das Informationssystem.

Auch wenn der Parlamentspiegel ein Fachinformationssystem ist, kann er von allen politisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden. Täglich werden rund 18.000 Parlamentsdokumente aus dem Online-Archiv abgerufen. Rund 40 Prozent der Nutzerinnen und Nutzer greifen dabei aus dem Ausland auf das System zu. Die Informationen fast aller Landesparlamente sind über diesen Weg einfach und komfortabel abrufbar. Lediglich Informationen aus den Landtagen von Baden-Württemberg und Hessen müssen über zusätzliche Schritte erfragt werden.

Die Internetadresse ist [www.parlamentspiegel.de](http://www.parlamentspiegel.de)

### LANDTAG INTERN

**Herausgeberin:** Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinther, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion:** Jürgen Knepper (Chefredakteur), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Volontär: Axel Bäumer

Telefon (02 11) 884-23 04, 884-23 09 und 884-25 45, Fax 884-30 70, [prestatel@landtag.nrw.de](mailto:prestatel@landtag.nrw.de)

**Redaktionsbeirat:** Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin.

**Nachdruck mit Quellenangabe erbeten**

**Satz/Gestaltung/Layout:**

h<sub>2</sub>m Kommunikations-Agentur, Duisburg · [www.h2-m.de](http://www.h2-m.de)

**Herstellung und Versand:**

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

**Internet-Adresse:** [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

**LANDTAG INTERN** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

ZUR PERSON

## Geburtstagsliste

Vom 16. Februar bis 15. März 2006

16. 2. Uwe Leuchtenberg (SPD)	48
16. 2. Eckhard Uhlenberg (CDU)	58
17. 2. Werner Lohn (CDU)	48
18. 2. Dr. Michael Brinkmeier (CDU)	38
18. 2. Dr. Robert Orth (FDP)	38
21. 2. Gerda Kieninger (SPD)	55
22. 2. Sigrid Beer (GRÜNE)	50
26. 2. Marc Jan Eumann (SPD)	40
28. 2. Rolf Seel (CDU)	53
29. 2. Horst Westkämper (CDU)	70
1. 3. Sylvia Löhrmann (GRÜNE)	49
3. 3. Rainer Lux (CDU)	55
6. 3. Klaus Kaiser (CDU)	49
11. 3. Manfred Palmen (CDU)	61
11. 3. Michael Schroeren (CDU)	60
14. 3. Annegret Krauskopf (SPD)	62
15. 3. Bernhard Tenhumberg (CDU)	50
15. 3. Annette Watermann-Krass (SPD)	49

**Bernhard Tenhumberg** (CDU) und **Andreas Becker** (SPD) sind von ihren Fraktionen zur Nachwahl als Schriftführer des Landtags Nordrhein-Westfalen vorgeschlagen worden. Sie treten in diesem Amt die Nachfolge ihrer Fraktionskollegen **Wolfgang Röken** (SPD) und **Marie-Theres Kastner** (CDU), die ausgeschieden sind.

## EU-Preis für NRW-Schülerprojekt

Für das Projekt „Demokratie, repräsentativ – Traumjob Politiker?“ haben Schülerinnen und Schüler des St.-Ursula-Gymnasiums in Attendorn den europäischen Jugendpreis „Young Active Citizens Award 2005“ erhalten – zum ersten Mal ist damit ein deutsches Team unter den Preisträgern. Der jährlich ausgeschriebene Wettbewerb des Europarats soll Jugendlichen die Arbeit lokaler und regionaler Behörden näher bringen. Dieses Mal ging es um Projekte, die durch innovative Unterrichtsmethoden und -materialien das politische Interesse bei Jugendlichen wecken. Die Preisträger aus Attendorn führten unter anderem Interviews mit Politikern von CDU, SPD, FDP und Grünen. Begleitende Behörde war der NRW-Landtag. Weitere Informationen unter: [www.st-ursula-attendorn.de/Klassen/sowi](http://www.st-ursula-attendorn.de/Klassen/sowi)

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 16. März 2006 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



**FOTOWETTBEWERB  
 WUNDERSCHÖNES NRW:  
 „Mein Lieblingsprojekt der NRW-Stiftung“**

... unter diesem Motto gingen landauf landab die Amateurfotografen auf die Pirsch. Zum 20-jährigen Stiftungsjubiläum nahmen sie Menschen, Natur sowie Denkmäler aus Wirtschaft und Geschichte vor die Kameralinse. Die schönsten Fotos (siehe Bild) wurden im Landtag von Landtagspräsidentin Regina van Dinker zusammen mit dem Stiftungspräsidenten Franz-Josef Kniola und WDR-Moderator Bernd Müller präsentiert. Aus den rund 1.000 Einsendungen wurden die Fotografien in drei Gruppen bewertet; es gab Sieger bei Kindern (bis zwölf Jahre), bei Jugendlichen (bis 18) und unter Erwachsenen.

Montage: Schälte